



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 185 Jan./4 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.
=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprähsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Demokratie bekommt der Mensch nicht geschenkt

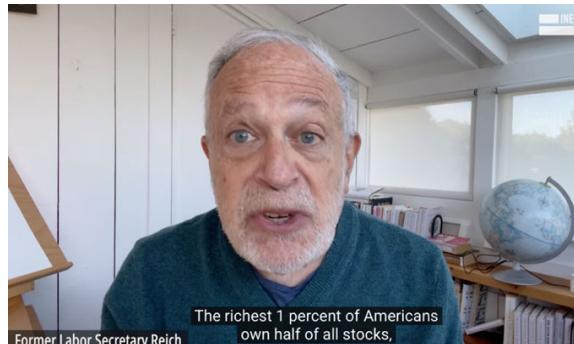
Die Menschen der irdischen Völker sind zutiefst religiös und obrigkeitshörig geprägt und erwarten Führung, Erlösung und Rettung von aussen resp. von Lichtgestalten, die es weder in der Politik, noch in den Religionen, im Militär, der Wirtschaft, dem Klerus etc. geben kann. Sie sollten endlich begreifen, dass ihnen wahre Demokratie nicht in den Schoss gelegt wird, sondern sie dafür selbst initiativ und gestaltend sowie bewusst verantwortungsvoll handeln müssen. Wahre Demokratie bedingt ein waches, klares, neutrales und logisches Denken nach schöpferisch-natürlichen Richtlinien und im unumstößlichen Wissen darum, dass die Menschen des Volkes über alles und jedes allein und eigenverantwortlich zu entscheiden haben, ohne jegliche Ausnahme und ohne jedes korrupte Polit-, Regierungs-, Verwaltungs- oder sonstiges Fremdregime. Die ausführenden Kräfte sind dabei nur die Organe zum Willensvollzug der Beschlüsse des Volkes, die möglichst einstimmig erfolgen. Dazu bedarf es als Grundvoraussetzung der Einigkeit aller Menschen im Bewusstsein und Wissen der eheren schöpferische Ordnung, die das schöpferische SEIN vorgegeben hat. Diese Richtschnüre muss der Mensch in sein Alltags- und Gemeinschaftsleben integrieren, danach leben und streben, damit es dem Einzelnen und der Gemeinschaft wohl ergeht und er ohne Krieg, Tyrannie und Herrschaft ein gutes Leben führen und in Frieden, Freiheit, Harmonie und als Wir-Gemeinschaft einer wahren Demokratie den Weg der Evolution begehen kann.

Achim Wolf, 15. Januar 2026/www.freundderwahrheit.de

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

8.1.2026



Professor Richard Reich: «Solche Entwicklungen gefährden den Kapitalismus» © R.R.

Wie kamen sie zu Milliarden? Als Monopolisten, Insider, Erben Superreich wurden sie nicht im harten Wettbewerb. Ihre Leistung besteht im Korrumpern des Staates. Extrem so 2025 in den USA.

Robert Reich

upg. Robert Reich war Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton, Professor für öffentliche Politik an der University of California und gibt heute «Inequality Media» heraus.

Sie verfügen über ein Monopol, treiben Insiderhandel, zahlen Schmiergelder, erpressen einen Grossinvestor oder sie erben ein riesiges Vermögen. Im Jahr 2025 zeigten sich Milliardäre besonders schamlos. In den USA wurde die Korruption besonders offensichtlich.

Seit vielen Jahren warne ich davor, dass immer mehr nationaler Reichtum in die Hände immer weniger Menschen wandert. In den USA besitzt ein einziges Prozent der Einwohner die Hälfte aller Börsenwerte und 40 Prozent des gesamten Reichtums. Zehn Prozent der Einwohner kontrollieren 90 Prozent des gesamten Reichtums. Oft höre ich dann: «Das ist doch der freie Markt» oder «Der Wettbewerb hat entschieden, dass sie es verdienen».

Das ist Unsinn. Einen «freien Markt» gibt es nicht. Was heute so genannt wird, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen – über Monopole, Arbeitnehmerrechte, Privateigentum, Finanzen, Handel, Steuern und mehr.

Hinter diesen politischen Entscheiden steht zunehmend eine kleine Gruppe Superreicher, die sich einen unverhältnismässig grossen Einfluss auf die Politik gesichert hat. Sie haben fünf Wege geschaffen, um Milliarden oder mehr anzuhäufen.

1. Das Ausnützen eines Monopols

Hat Jeff Bezos seine Milliarden verdient, weil er Amazon gegründet und aufgebaut hat? Nein. Amazon beherrscht fast 40 Prozent des gesamten E-Commerce-Einzelhandels – ein Monopolist, geschützt durch zahlreiche Patente, welche die US-Regierung erteilt hat.

Im Jahr 2023 verklagte die US-Regierung – vertreten durch die Federal Trade Commission und 17 Bundesstaaten – Amazon. Der Vorwurf: Das Unternehmen halte illegal ein Monopol, unterdrücke den Wettbewerb, treibe Preise in die Höhe und schade Verbrauchern durch wettbewerbswidriges Verhalten.

So bestrafe Amazon etwa Verkäufer, die ihre Produkte anderswo günstiger anbieten. Der Prozess soll 2027 beginnen.

Würde die Regierung die Kartellgesetze konsequent durchsetzen und Amazon keine weitreichenden Patente mehr gewähren, wäre Jeff Bezos deutlich weniger vermögend.

Auch andere Tech-Giganten wie Elon Musk (X, Tesla), Mark Zuckerberg (Meta), Tim Cook (Apple) und Larry Ellison (Oracle) müssten dann mit erheblichen Vermögenseinbussen rechnen.

2. Das Nutzen von Insiderinformationen, die anderen Investoren nicht zur Verfügung stehen

Der Milliardär Steven A. Cohen führte eine Hedgefonds-Firma, in der laut einer Strafanzeige des Justizministeriums Insiderhandel «erheblich, weit verbreitet und in einem Ausmass betrieben wurde, das in der Hedgefonds-Branche beispiellos ist». Neun seiner aktuellen oder ehemaligen Mitarbeiter gestanden ihre Schuld oder wurden verurteilt. Cohen selbst entging einer Haftstrafe, zahlte eine Geldbusse, änderte den Namen seiner Firma und ist offensichtlich wieder aktiv.

Der frühere Milliardär und Investor Bill Hwang erhielt Ende 2024 wegen Betrugs im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch seiner Archegos Capital Management eine Haftstrafe von 18 Jahren. Die Anklage warf ihm Insiderhandel, Marktmanipulation und Betrug vor.

Der Kryptomarkt schwankt oft stark, beeinflusst durch politische Ankündigungen der Trump-Regierung. Kurz nach Trumps Bekanntgabe neuer Zölle für China verdiente ein Insiderhändler mit einer gehebelten Short-Position um 150 Millionen Dollar.

Insiderhandel ist in Chefetagen weit verbreitet. Forscher der SEC fanden heraus, dass Führungskräfte ihre Aktien nach der Ankündigung eines Aktienrückkaufs, wenn die Kurse steigen, doppelt so oft verkaufen wie in den Tagen davor.

Würde die Regierung hart gegen Insiderhandel vorgehen, verdienten Hedgefonds-Experten und Top-Manager deutlich weniger.

3. Politiker bestechen, um die Regeln des (freien Marktes) zugunsten ihrer Geldgeber zu ändern

Dank der Steuersenkung unter Trumps erster Amtszeit sparte Charles Koch und Koch Industries jährlich 1 bis 1,4 Milliarden Dollar – ohne die Vorteile aus im Ausland geparkten Gewinnen und der gesenkten Erbschaftssteuer einzurechnen. Die zweite Steuersenkung unter Trump brachte den Kochs noch mehr. Sie und ihre verbundenen Gruppen hatten etwa 20 Millionen Dollar für Lobbyarbeit für die Steuersenkung ausgegeben und 550 Millionen Dollar für Trumps Wahlkampagne von 2024. Eine lohnende Investition.

Elon Musk, der reichste Mensch der Welt, hat eine Viertelmilliarden Dollar in die Wahl Trumps im Jahr 2024 gesteckt und plant, mindestens ebenso viel auszugeben, um das Repräsentantenhaus und den Senat in republikanischer Hand zu halten. Was bringt ihm das? Niedrigere Steuern für sich und seine Unternehmen, weniger Vorschriften, die seine Gewinne schmälern, und Bundesaufträge, die sein Vermögen weiter steigern. Auch Trump und seine Familie haben kräftig profitiert, indem sie die Spielregeln der Wirtschaft zu ihren Gunsten änderten. Bis Ende 2025 verdienten sie mindestens 1,2 Milliarden Dollar mit Krypto-Investitionen – deren Wert vor allem durch Trumps Entscheidungen, Deregulierung und Förderung von Kryptowährungen explodierte.

Der Wert dieser Investitionen stieg weiter, als Trump Changpeng (CZ) Zhao begnadigte, der sich der Geldwäsche schuldig bekannt hatte. Binance war eng mit World Liberty Financial verbunden, einem Unternehmen, das Eric Trump und Donald Trump Jr. aktiv leiteten.

Anfang 2025 kaufte ein staatlich kontrolliertes Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Kryptowährungen im Wert von 100 Millionen Dollar, die von World Liberty Financial ausgegeben wurden – im Grunde eine riesige Einlage, die World Liberty jährliche Renditen in zweistelliger Millionenhöhe einbringen könnte.

Trumps Vermögen stieg Mitte Dezember erneut sprunghaft an, als bekannt wurde, dass die Trump Media & Technology Group, ein börsennotiertes Unternehmen, dessen grösster Anteilseigner Trump ist, mit TAE Technologies fusioniert. TAE, ein privates Unternehmen für Fusionstechnologie, profitierte von einem neuen Amt für Fusionstechnologie, das Trumps Energieministerium eingerichtet hatte, um die Kommerzialisierung der Fusion zu fördern – ein weiterer Fall von Selbstbereicherung.

Auch Howard Lutnick, milliardenschwerer US-Handelsminister, verdiente mit politischem Einfluss Millionen. Sein Familienunternehmen unterstützte Toby Neugebauer, einen Milliardär, der riesige Rechenzentren für die nächste Generation der KI baut. Bei der Kapitalbeschaffung kassierte er Millionen an Gebühren. Lutnick setzte zudem amerikanische Verbündete unter Druck, politische Gefälligkeiten gegen Investitionen in US-Industrieprojekte einzutauschen, was den Kunden seiner Familie Zugang zu ausländischem Kapital verschaffte.

Mit strengen Antikorruptionsgesetzen, die solche politischen Zahlungen und Selbstbereicherungen unterbinden, könnten die Kochs, Musks, Trumps, Lutnicks und andere Grossinvestoren nicht länger von ihrem Einfluss profitieren. Steuererleichterungen, Deregulierungen und staatliche Subventionen, die ihr Vermögen wachsen liessen, blieben ihnen verwehrt.

4. Der vierte Weg zur Milliarde: Grossinvestoren erpressen.

Adam Neumann überzeugte J.P.Morgan, SoftBank und andere Investoren, Hunderte Millionen Dollar in WeWork zu stecken, ein Start-up für Büro-Sharing. Mit einem Teil des Geldes kaufte er Gebäude, die er an WeWork zurückvermietete, und finanzierte einen luxuriösen Lebensstil, zu dem auch ein Privatjet für 60 Millionen Dollar gehörte. WeWork schrieb nie einen Cent Gewinn.

Als Neumann gezwungen wurde, seine Interessenkonflikte offenzulegen, scheiterte der Börsengang und der Unternehmenswert von WeWork stürzte ab. Um den Schaden zu begrenzen, zahlten die Investoren ihm über eine Milliarde Dollar, damit er den Vorstand verliess und seine Stimmrechte abgab. Die meisten anderen Mitarbeiter von WeWork bleiben auf nahezu wertlosen Aktienoptionen sitzen. Tausende verloren ihren Job.

Einige wenige wohlhabende Betrüger wurden verurteilt und mussten ihre unrechtmässig erworbenen Gewinne zurückzahlen. So erhielt Bankman-Fried, Gründer der Kryptowährungsbörse FTX, 2024 eine 25-jähri-

ge Haftstrafe, nachdem er Kunden und Investoren um fast zehn Milliarden Dollar betrogen hatte. Sein Vermögen war einst auf 26 Milliarden Dollar geschätzt worden. Doch viele andere kamen ungeschoren davon. Mit strengerem Betrugsgesetzen und konsequenterer Durchsetzung wären Neumann und seinesgleichen keine Milliardäre geworden.

5. Das Geld von reichen Eltern oder Verwandten erben

Ein neuer Bericht der UBS schätzt, dass im Jahr 2025 eine Rekordzahl von 91 Menschen durch Erbschaften zu Milliardären wurde. Ihr Gesamtvermögen soll fast 300 Milliarden Dollar erreichen.

Damit beginnt wohl der grösste Vermögenstransfer zwischen Generationen in der Geschichte: In den nächsten 15 Jahren werden Erben mindestens 5,9 Billionen Dollar erhalten (US-amerikanisch ‹trillion›).

Schätzungsweise 45 Prozent des gesamten Vermögens in den USA werden vererbt. Das liegt daran, dass nach dem US-Steuerrecht – stark geprägt von der Lobbyarbeit der Reichen – Kapitalgewinne einer Generation bei der Übertragung auf die nächste Generation praktisch ausradiert werden.

Wie Mitt Romney kürzlich erklärte: Hätte Elon Musk seine Tesla-Aktien für beispielsweise 1 Milliarde Dollar gekauft, sie bis zu seinem Tod behalten und wären sie dann 500 Milliarden wert, hätte er nie die 24-prozentige Kapitalertragssteuer des Bundes auf den Gewinn von 499 Milliarden Dollar zahlen müssen. Nach geltendem Recht gelten die Aktien für Musks Erben als versteuert erworben. Auf den Kapitalgewinn von 499 Milliarden Dollar würde also niemand je Steuern zahlen.

Würden unverdientes Einkommen und verdientes Einkommen steuerlich gleichbehandelt, gäbe es in den USA keine Milliardäre, die nicht arbeiten. Und würden Kapitalgewinne beim Tod besteuert, würden viele Erben ebenfalls keine Milliardäre.

Die gute Nachricht: Immer mehr Amerikaner erkennen den Schaden, den Milliardäre dem System zufügen.

- Eine Harris-Umfrage vom November 2025 zeigt, dass 53 Prozent der Amerikaner Milliardäre als eine Bedrohung der Demokratie sehen.
- 71 Prozent der Amerikaner fordern eine Vermögenssteuer. Eine Mehrheit plädiert zudem für eine Obergrenze beim Vermögen, das Einzelne anhäufen dürfen.

Elementare Forderungen

Solche Entwicklungen gefährden den Kapitalismus. Das System scheitert, wenn Monopole, Insiderhandel, Schmiergeld, Betrug und riesige Erbschaften es verzerren. Verliert die Öffentlichkeit das Vertrauen, zerfällt es.

Wollen vernünftige und integre Menschen die US-Regierung zurückerobern, müssen sie dafür sorgen,

- dass grosse Vermögen besteuert werden;
- dass Kapitalgewinne beim Tod des Eigentümers nicht mehr steuerfrei gelöscht werden und den Erben unversteuerten Reichtum zuschanzen;
- dass das grosse Geld aus der Politik verschwindet.

Nur so lassen sich Bestechung, Korruption und schreiende Ungerechtigkeit beenden, die den Kapitalismus zugunsten einer kleinen Elite verzerrt haben.

Diesen Beitrag veröffentlichte Robert Reich auf Substackf. Übersetzung von Infosperber.

EU erklärt Kritiker vogelfrei

Karel Beckman/Deanderekrant, Januar 15, 2026



IStock

Die EU hat mit einstimmiger Unterstützung der Mitgliedstaaten, darunter auch der Niederlande, mehreren Dutzend Bürgern ihre Bürgerrechte entzogen – ausschliesslich deshalb, weil sie die Russland-Politik der EU kritisch hinterfragen. Dies geschah ohne Vorwarnung, ohne jegliches Verfahren und ohne jede sachliche

Begründung. Die Betroffenen können sich juristisch nicht wehren, da sie gegen kein Gesetz verstossen haben. «Es ist unfassbar», sagt der deutsche Europaabgeordnete Michael von der Schulenburg, der den Fall eingehend untersucht hat. «Diese Menschen wurden vogelfrei erklärt. Wir fallen zurück ins Mittelalter.» Im vergangenen Monat kam es in der Schweiz und in Deutschland zu einiger Aufregung, als bekannt wurde, dass der Schweizer Oberst a. D. Jacques Baud auf die Sanktionsliste der EU gesetzt worden ist. Er wird vom Europäischen Rat (den Mitgliedstaaten) und von der Europäischen Kommission beschuldigt, ein «Sprachrohr» für «pro-russische Propaganda» zu sein. Außerdem soll er «Verschwörungstheorien» verbreitet haben. So soll er gesagt haben, «die Ukraine habe ihre eigene Invasion inszeniert, um der NATO beitreten zu können». Baud, der früher unter anderem für die NATO und die UNO gearbeitet hat und zahlreiche Bücher veröffentlicht hat, gilt als fundierter geopolitischer Analyst, wenn auch als äusserst kritisch gegenüber der EU-Politik. Er hat keinerlei Verbindung zu Russland. Ihm wird auch nicht vorgeworfen, irgendein Gesetz gebrochen zu haben. Er selbst erklärt, dass die angebliche «Verschwörungstheorie», auf die sich die Europäische Kommission bezieht, von einem ukrainischen Regierungsbeamten stamme, den er lediglich zitiert habe.

Dennoch reichten diese Vorwürfe – ohne weitere Begründung oder Quellenangaben – der EU aus, um ihn auf die Sanktionsliste zu setzen. Diese Liste ist Teil der Sanktionen gegen Russland. Baud ist inzwischen die 59. Person auf dieser Liste, auf der nicht nur Russen stehen, sondern auch Deutsche, Schweizer, Franzosen und andere, wie etwa die schweizerisch-kamerunische politische Aktivistin Nathalie Yamb und der deutsche Journalist und Israel-Kritiker Hüseyin Dogru.

Die Folgen dieser Massnahme für Baud und die anderen sind kaum vorstellbar. Ihre Bankkonten werden eingefroren, sie dürfen nicht mehr innerhalb der EU und im europäischen Luftraum reisen. Niemand darf wirtschaftliche Beziehungen mit ihnen eingehen oder sie auch nur finanziell unterstützen. Sie können also keinerlei Einkommen mehr erzielen. «Sie sind vollständig rechtlos geworden», sagt von der Schulenburg in einem Interview mit dem Schweizer Rechtswissenschaftler Dr. Pascal Lottaz.

Von der Schulenburg setzt sich schon seit längerem für das Schicksal der sanktionierten Personen ein. Im Oktober 2025 veröffentlichte er ein umfangreiches Rechtsgutachten, das auf seinen Wunsch von zwei Rechtswissenschaftlerinnen, Prof. Dr. Ninon Colneric und Prof. Dr. Alina Miron, erstellt wurde und das Sanktionsregime analysiert. Die dem Sanktionsmechanismus zugrunde liegende Vorgehensweise erweist sich als vollkommen intransparent. Von der Schulenburg sagt: «Wir wissen nicht, was der Entscheidung zugrunde liegt, wer sie trifft, warum bestimmte Menschen ausgewählt werden. Das gesamte Verfahren ist geheim. Die Betroffenen werden nicht vorab gewarnt. Alles, was wir sehen, ist die Entscheidung selbst. Und diese besteht aus nicht mehr als einer kurzen Beschreibung.»

Was den Fall noch erschütternder macht, ist nach von der Schulenburgs Einschätzung, dass es für die Betroffenen nichts gibt, womit sie sich wehren könnten. «Sie haben kein Gesetz gebrochen. Ich habe keine Ahnung, was diese Menschen tun könnten. Es gibt auch keine zeitliche Begrenzung der Strafmaßnahmen, und es sind keine konkreten Handlungen festgelegt, mit denen sie von der Liste gestrichen werden könnten.»

Die Analyse von von der Schulenburg wird von der Rechtswissenschaftlerin Dr. Alexandra Hofer von der Universität Utrecht bestätigt, die ebenfalls von Lottaz interviewt wurde. «Die Betroffenen erhalten keinerlei Informationen. Keine Anschuldigungen, keine Fakten, nichts. Es handelt sich nicht um eine rechtliche, sondern um eine administrative Massnahme», erklärt Hofer.

Die Betroffenen können sich an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) wenden, doch das bietet laut Hofer kaum Aussicht auf Erfolg. «Was das Gericht tut, ist lediglich zu prüfen, ob das, was im Beschluss steht, faktisch korrekt ist. Bei Baud heißt es, er sei ein «Sprachrohr» russischer Propaganda – weiter nichts. Es wird nicht gesagt, dass er von Russland bezahlt wird. Angenommen, er fechtet dies an: Was ist eigentlich ein «Sprachrohr»? Das weiß niemand. Der EuGH prüft nicht, ob der Sanktionsbeschluss an sich rechtmässig oder verhältnismässig ist. Der EuGH verhält sich sehr ehrerbietig gegenüber dem Europäischen Rat. Man geht davon aus, dass politische Entscheidungen legitime Ziele verfolgen.» Sie nennt das Beispiel zweier russischer Oligarchen, die auf die Sanktionsliste gesetzt wurden und dies vor dem EuGH anfochten. «Sie bekamen Recht, weil sich die Beschreibung im Sanktionsbeschluss als falsch erwies. Diese Beschreibung wurde daraufhin angepasst, und sie wurden einfach wieder auf die Liste gesetzt.»

Nach Hofer hat das Sanktionsregime seinen Ursprung in der Anti-Terror-Gesetzgebung, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verabschiedet wurde. Sie erklärt, dass der Europäische Rat durch den Vertrag von Lissabon (2007) die Befugnis erhalten hat, präventiv gegen die Gefahr terroristischer Anschläge vorzugehen. Auf diese Weise können vermeintliche ausländische Terroristen getroffen werden, ohne dass ein rechtliches Verfahren erforderlich ist. «Aber», so Hofer, «dieses Instrument wird nun gegen die eigenen Bürger eingesetzt, die das EU-Handeln kritisieren.»

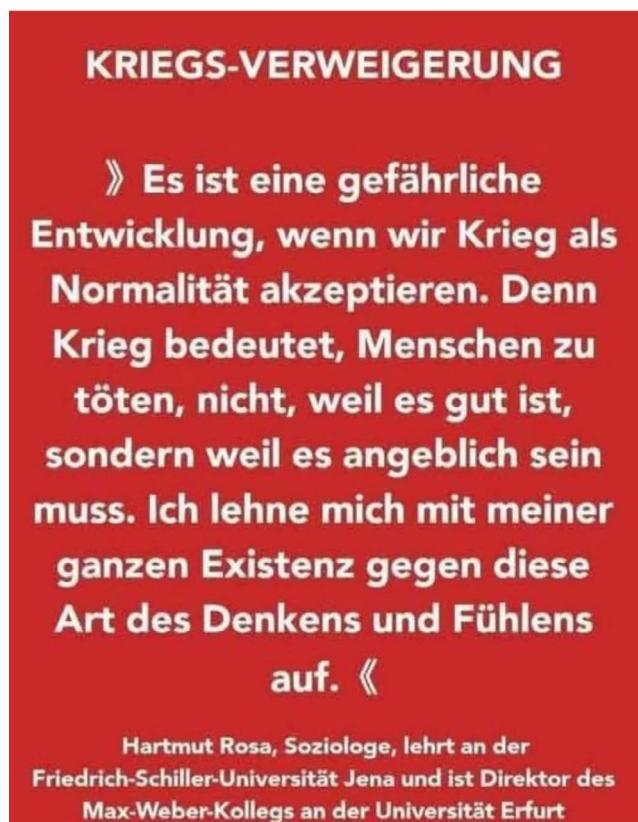
Lottaz, Initiator von Neutrality Studies, einer Organisation von Akademikern, die sich auf das Thema geopolitische Neutralität spezialisiert hat, weist darauf hin, dass es jeden treffen kann. «Es kann uns alle treffen. Das Einzige, was der Europäische Rat tun muss, ist, jemanden dessen zu beschuldigen, was als foreign information manipulation and interference bezeichnet wird. Ein einziger Absatz, in dem buchstäblich alles

behauptet werden kann, genügt. Wir sind der Willkür anonymer Funktionäre ausgeliefert.» Er befürchtet, dass die jetzt verhängten Sanktionen erst der Anfang sind. «Sie haben dieses Instrument nun. Ein sehr praktisches Instrument. Man kann es gegen jeden und alles einsetzen.»

Von der Schulenburg hält es für besonders besorgniserregend, dass sich kaum jemand über diese Entwicklung empört. «Die etablierten Medien berichten kaum darüber. Im Europäischen Parlament bekomme ich Unterstützung von höchstens zehn Abgeordneten. Die EU zerstört sich selbst als Rechtsstaat – und niemand scheint sich darüber aufzuregen.»

Quelle: EU verklaart critici vogelvrij

Quelle: <https://uncutnews.ch/eu-erklaert-kritiker-vogelfrei/>



Quelle: Facebook



Von Grönland bis Kanada: Trumps Annexionsfieber

thecradle, Januar 15, 2026

Washingtons Ambitionen, die westliche Hemisphäre zu kontrollieren, eskalieren. Kanadier sollten nicht unterschätzen, was das für ihre Zukunft bedeutet.

Aidan J. Simardone

Als US-Präsident Donald Trump 2019 erstmals die Idee ins Spiel brachte, Grönland zu kaufen, wurde dies weithin als bizarre imperiale Rückwärtsfantasie abgetan. Doch heute, da der US-Präsident erneut Ambitionen auf die grösste Insel der Welt signalisiert, wirkt die Idee längst nicht mehr so abwegig.

«Wir werden mit Grönland etwas machen, ob es ihnen gefällt oder nicht», erklärte Trump kürzlich. «Denn wenn wir es nicht tun, werden Russland oder China Grönland übernehmen, und wir werden Russland oder China nicht als Nachbarn haben.»

Grönland, ein autonomes Gebiet Dänemarks, ist zu einem Schauplatz intensiver geopolitischer Rivalität geworden. Mit dem Schmelzen des arktischen Eises und der Öffnung neuer Schifffahrtsrouten ist seine strategische Bedeutung sprunghaft gestiegen.

Zusätzlich zu Trumps kühner Behauptung, die USA würden Venezuela «führen», nachdem sie dessen Präsidenten Nicolás Maduro entführt hätten, markiert sein grobschlächtiger Ansatz gegenüber Grönland eine Verschiebung hin zu offenen Landnahmen als Mittel zur Aufrechterhaltung amerikanischer Hegemonie. Und wenn Washington es ernst meint mit der Beanspruchung Grönlands – was hindert es dann daran, auch das noch größere, besser angebundene und ressourcenreichere Kanada ins Visier zu nehmen?

Trump hat wiederholt damit gedroht, das Land zu annexieren. So wie die Befürchtung besteht, dass Grönland sich konkurrierenden Supermächten annähern könnte, so sorgt sich die Trump-Administration auch über Ottawas Suche nach anderen Partnern.

Kanada gilt als Amerikas engster Verbündeter, ist das zweitgrößte Land der Erde und verfügt über die viertgrößten Ölreserven weltweit. Mit dem Ende der amerikanischen globalen Dominanz strebt die USA nach voller Kontrolle über die westliche Hemisphäre.

Nach zwei Jahrhunderten von Attentaten, Putschen und militärischen Interventionen in ganz Amerika hat sich die USA nun der offenen Eroberung zugewandt. In einer unsicheren Welt reicht es nicht mehr aus, Verbündeter zu sein. Für das paranoide Imperium kann nur Annexion Sicherheit garantieren.

Brüderliche Bindung und Rivalität

Die Beziehung zwischen Kanada und den USA gleicht der zweier Brüder, die dieselbe Herkunft teilen, meist miteinander auskommen, sich aber gelegentlich bekämpfen. Beide Länder begannen als britische Kolonien und trennten sich nach der Amerikanischen Revolution. 1812 brach erneut Krieg aus, als Amerikas genozidale Expansion in indigenes Land durch die Unterstützung Britisch-Kanadas für Tecumsehs Konföderation gestoppt wurde – ein Konflikt, in dessen Verlauf das Weiße Haus niedergebrannt wurde.

Obwohl der Krieg in einem Patt endete, blieb die amerikanische Paranoia gegenüber dem nördlichen Nachbarn bestehen. Bis 1939 hielt Washington den «War Plan Red» aufrecht, eine Militärstrategie zur Invasion Kanadas. Der Plan mag zu den Akten gelegt worden sein, doch die dahinter-stehenden Instinkte starben nie.

Die Zusammenarbeit während des Kalten Krieges überdeckte anhaltende strategische Brüche. Ottawa trat der NATO bei und half bei der Militarisierung der Arktis, verweigerte jedoch die Stationierung von Atomwaffen und unterstützte den US-Krieg in Vietnam nicht. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges pflegte Kanada freundschaftliche Beziehungen zu Kuba. Der frühere kanadische Premierminister Pierre Trudeau und Fidel Castro waren persönliche Freunde.

Mit dem Ende des Kalten Krieges herrschte der freie Marktkapitalismus vor. 1994 trat Kanada gemeinsam mit Mexiko und den USA der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA bei und untergrub damit seine wirtschaftliche Souveränität erheblich.

Kanada beteiligte sich mit den USA am Golfkrieg 1991, am Somalia-Konflikt 1992–1993, am Jugoslawien-Konflikt der 1990er Jahre und am Afghanistan-Krieg ab 2001. Doch nicht alles verlief reibungslos. Unter dem Druck der Anti-Kriegs-Bewegung verweigerte Kanada 2003 die Teilnahme am Irakkrieg.

Auch Streitigkeiten über arktische Wasserwege entstanden: Kanada beanspruchte diese als souveränes Gebiet, während die USA sie als internationale Gewässer betrachteten. 2005 durchquerte ein amerikanisches U-Boot unangekündigt die kanadische Arktis und verletzte damit das Arktische Kooperationsabkommen von 1988.

Mit dem Irakkrieg und der Grossen Rezession schwand die globale Dominanz der USA. Der Anteil des kanadischen Handels mit den USA sank von 75 Prozent im Jahr 2000 auf 62 Prozent im Jahr 2024. Gleichzeitig wuchs der Handel mit China, Kanadas zweitgrößtem Handelspartner, im selben Zeitraum von einem auf acht Prozent. Obwohl nahezu das gesamte kanadische Öl in die USA exportiert wird, liess eine jüngste Pipeline-Erweiterung zur Westküste die Ölexporte nach China in die Höhe schnellen.

Ressourcenhunger und geopolitische Paranoia

Angesichts von Ottawas teilweiser aussenpolitischer Abweichung und der wachsenden wirtschaftlichen Beziehung zu Peking hat Trump damit gedroht, Kanada zu annexieren. Viele halten dies für einen Bluff, um bessere Handelsbedingungen zu erzwingen. Doch angesichts des dreisten An-griffs auf Venezuela und der ausgearbeiteten Pläne zur Übernahme Grönlands ist dies eine ernst-zunehmende Möglichkeit.

2014 argumentierte Diane Francis, Editor-at-Large der National Post, vor dem Canada Institute für die Notwendigkeit einer Fusion mit den USA. Laut Francis sei dies erforderlich, um aufstreben-den Supermächten wie China und Russland zu begegnen und die Ressourcenentwicklung voranzutreiben.

Kanada ist schliesslich der zweitgrösste Uranproduzent, der viertgrösste Diamantenproduzent, der viertgrösste Goldproduzent, der viertgrösste Ölproduzent und verfügt über die viertgrössten Ölreserven weltweit. Zudem dominiert es weniger bekannte Mineralien: Es ist der weltweit grösste Produzent von Kali (verwendet als Dünger) und der viertgrösste Produzent von Indium (verwendet in Computer- und Handybildschirmen sowie in Solarzellen).

Diese Ressourcen sind für die USA sowohl essenziell als auch hochprofitabel. Kanada ist der wichtigste Lieferant von Öl, Gas und Uran für die USA. Selbst bei einer Umstellung Washingtons auf grüne Energie verfügt Kanada über zahlreiche wichtige Rohstoffe wie Lithium, Graphit, Nickel, Kupfer und Kobalt – Minerale, die auch für Militärtechnologie von zentraler Bedeutung sind.

Diese Ressourcen haben die Trump-Administration bereits dazu motiviert, in Venezuela einzumarschieren und Grönland zu annexieren. Wie der frühere kanadische Premierminister Justin Trudeau feststellte: «Sie sind sich unserer Ressourcen sehr bewusst, dessen, was wir haben, und sie wollen sehr davon profitieren. Aber Herr Trump hat im Kopf, dass eine der einfachsten Möglichkeiten dafür darin besteht, unser Land zu absorbieren.»

Öl ist besonders kritisch, da sein Handel in US-Dollar den Wert der Währung stützt. Dies zu untergraben ist Chinas Ziel, sämtlichen Ölhandel in Renminbi abzuwickeln – daher stellt die wachsende chinesisch-kanadische Beziehung eine erhebliche Bedrohung für die USA dar.

Kanada ist auch für die nationale Sicherheit entscheidend, insbesondere in der Arktis. Während des Kalten Krieges lag der Fokus auf der Frühwarnung vor einem sowjetischen Angriff. Mit der Erwärmung der Arktis öffnen sich kürzere Schifffahrtsrouten für den Handel von Ostasien nach Europa und an die US-Ostküste sowie von Europa an die Westküste. Die Kontrolle dieser Routen ist für die USA essenziell, um den eigenen Handel zu schützen und Russland – das den grössten Teil des Arktischen Kreises kontrolliert – sowie China entgegenzutreten, dessen Präsenz wächst.

Umfrage

Könnte Kanada der 51. US-Bundesstaat werden?

1. Ja – Washingtons Strategie zeigt, dass es möglich ist
2. Vielleicht – aber nur unter extremen Bedingungen
3. Nein – die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Risiken sind zu hoch
4. Es geschieht bereits auf wirtschaftlichem und diplomatischem Weg

26 Stimmen, noch 5 Tage und 20 Stunden

Auf dem Weg zum 51. Staat

Als zweitgrösstes Land der Welt wäre Kanada extrem schwer zu annexieren. Trump hat drei Optionen: wirtschaftlichen Druck, Teile-und-Herrsche-Strategien und militärische Gewalt.

Die erste Option, wirtschaftlicher Druck, wird bereits durch Zölle ausgeübt. Diese wurden zunächst auf 25 Prozent festgesetzt, dann auf 35 und 50 Prozent auf Stahl und Aluminium erhöht. Zwar waren fast alle Länder betroffen, doch Kanada wurde aufgrund seiner starken Handelsabhängigkeit von den USA besonders hart getroffen.

Im zweiten Quartal 2025 schrumpfte die kanadische Wirtschaft, und die Arbeitslosigkeit erreichte im September 2025 mit 7,1 Prozent den höchsten Stand seit der Pandemie. Anstatt eines blassen Verhandlungsmittels sehen manche darin einen gezielten Akt wirtschaftlicher Sabotage, um Kanada zu schwächen und es so für einen Beitritt zu den USA empfänglich zu machen. Doch dies scheiterte. Nur 10 bis 22 Prozent der Kanadier zeigten sich offen für einen Beitritt zu den Vereinigten Staaten. Zwar gab Kanada einige Forderungen Trumps nach, etwa einer stärkeren Militarisierung der Grenze, doch die antiamerikanische Stimmung nahm zu.

Erstmals überhaupt sehen mehr Kanadier die USA als Feind oder potenzielle Bedrohung an als China. Der Reiseverkehr, der für die Pflege der Beziehungen entscheidend ist, brach ein: 2025 unternahmen Kanadier 33 Prozent weniger Autoreisen in die USA als 2024.

Besonders besorgniserregend für Washington war die Reaktion der kanadischen Regierung, alternative Handelspartner zu suchen. Im September 2025 wurde der Kanada-Mexiko-Aktionsplan gestartet, um den Handel zwischen beiden Ländern zu vertiefen. Überraschenderweise nahm Kanada auch Kontakt zu China und Indien auf – zwei Staaten, mit denen es in den letzten Jahren angespannte Beziehungen hatte.

Die Beziehungen zwischen Kanada und Indien verschlechterten sich 2023, als Indien beschuldigt wurde, einen Sikh-Separatisten auf kanadischem Boden ermordet zu haben. Doch im November 2025 einigten sich beide Länder auf den Start eines Handelsabkommens, das laut Premierminister Mark Carney den Handel verdoppeln könnte.

Ottawas Verhältnis zu Peking litt nach der Auslieferung der Geschäftsfrau Meng Wanzhou an die USA und der Festnahme eines kanadischen Spions durch China im Jahr 2018, hat sich aber angesichts der gemeinsamen Gegnerschaft zu Washington wieder erwärmt.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift soll Carney als erster kanadischer Premierminister seit acht Jahren China besuchen, in der Hoffnung, den Handel zu diversifizieren. Weitere wirtschaftliche Angriffe Trumps auf Kanada könnten diese Abkehr vom US-Markt weiter beschleunigen.

Teile und herrsche – oder den Norden vereinen?

Die zweite Option ist Fragmentierung. Kanada verfügt über separatistische Bewegungen in Québec – der zweitbevölkerungsreichsten Provinz, in der ein Viertel der Bevölkerung lebt – und in Alberta, das 84 Prozent des kanadischen Öls produziert.

Trump könnte die Unabhängigkeit Québecs unterstützen, doch dies ist aufgrund der linksgerichteten Politik der Provinz unwahrscheinlich. Alberta mit seinem Ölreichtum und seiner konservativen Ausrichtung wäre das Hauptziel. Die dortige Separatistenbewegung ist neu und entspringt der Frustration über elf Jahre liberaler Premierminister. In diesem oder im nächsten Jahr soll ein Referendum stattfinden.

Die meisten Kanadier halten eine Abspaltung Albertas weiterhin für unwahrscheinlich, doch das Engagement ist hoch, und die Bewegung ist keineswegs randständig. Über die Hälfte der Albertaner verfolgt die Diskussion über ein Referendum aufmerksam – ein Zeichen dafür, dass secessionistische Stimmungen deutlich weiter verbreitet sind, als viele ausserhalb der Provinz annehmen.

Eine Umfrage ergab, dass nur 18 Prozent der Albertaner die Unabhängigkeit unterstützen, andere kommen auf bis zu 45 Prozent, wobei die meisten Erhebungen eine Zustimmung von rund einem Drittel zeigen. Referenden verstärken zudem oft die Dynamik. Ähnlich wie in Alberta lag die Unterstützung für die schottische Unabhängigkeit bei etwa einem Viertel bis einem Drittelpunkt der Bevölkerung, stieg jedoch im Vorfeld des Referendums 2014 an, bei dem schliesslich 45 Prozent dafür stimmten.

Separatisten aus Alberta haben bereits Treffen mit Trump-Vertretern in Washington, D.C., und in Mar-a-Lago abgehalten, und viele separatistische X-Konten wurden in den USA lokalisiert. Mit seinem mächtigen Medienapparat könnte Amerika problemlos eine Online-Kampagne starten, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Das Problem ist, dass Trumps Drohungen, das Land zu annexieren, auch den gegenteiligen Effekt haben könnten. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass der Anteil der Menschen, die stolz darauf sind, Kanadier zu sein, seit Trumps Amtsantritt gestiegen ist. Statt Kanada zu fragmentieren, könnte der US-Präsident das Land einen.

Das militärische Szenario

Dann gibt es die extremste Option: die militärische Invasion. Auf dem Papier erscheint sie machbar. Kanada verfügt über etwas mehr als 70'000 aktive Soldaten und 74 Panzer. Die USA stellen 1,3 Millionen Soldaten und mehr als 4600 Panzer. Zwei Drittel der kanadischen Bevölkerung leben innerhalb von 100 Kilometern zur US-Grenze – ein schneller Schlag wäre realistisch. Die Besetzung dieses Gebiets würde die kanadische Souveränität faktisch beenden. Zudem ist Kanada stark von US-Militärhardware abhängig, die digital sabotiert werden könnte.

Und wer würde zu Hilfe kommen? Kanada hat keine weiteren Nachbarn ausser Grönland (Dänemark), das lediglich 56'000 Einwohner hat. Zwar ist Europa eng mit Kanada verbündet, doch eine Einbindung Frankreichs und Grossbritanniens könnte eine Eskalation mit den USA riskieren. Zudem würde Europa gezwungen, militärische Ressourcen von der russischen Front abzuziehen. Theoretisch könnte die Beteiligung Frankreichs und Grossbritanniens auch das Risiko eines Atomkriegs mit sich bringen.

Zusammengenommen hätte eine hypothetische EU-Armee etwa so viel Personal wie die US-Streitkräfte, aber nur halb so viel Militärbudget und wäre damit unterausgerüstet. Bevor eine europäische Armee Kanada erreichen könnte, müsste sie den Atlantik überqueren. Und mit 38 US-Militär-basen und über 100'000 Soldaten in Europa wäre der Krieg auch dort präsent.

Warum eine Annexion vorerst unwahrscheinlich bleibt

Trotz der Drohungen sind keine militärischen Aufmärsche zu erkennen. Kanada bleibt ein zentraler US-Verbündeter. Eine feindliche Übernahme würde einen massiven Aufschrei auslösen, möglicherweise vergleichbar mit dem Vietnamkrieg. Noch kritischer: Sie könnte den US-Dollar zum Einsturz bringen. Eine Invasion Kanadas würde signalisieren, dass kein Land sicher ist, was weltweite Verkäufe von US-Staatsanleihen und Vergeltungssanktionen auslösen könnte.

Dennoch handelt es sich nicht nur um Trumps Fantasie. Sie steht für eine breitere Verschiebung in der US-Strategie. Mit dem Schwinden der globalen Dominanz konzentriert sich Washington auf die Konsolidierung der Hemisphäre. Das bedeutet, selbst die engsten Verbündeten zu unterordnen.

Kanadier sollten sich keinen Illusionen hingeben. Ihr Land ist nicht immun gegen ein Imperium. Während der Kampf um die Arktis und globale Ressourcen an Intensität gewinnt, befindet sich Kanada an der Frontlinie – nicht der Freundschaft, sondern der Eroberung.

Quelle: From Greenland to Canada: Trump's annexation fever

Quelle: <https://uncutnews.ch/von-groenland-bis-kanada-trumps-annexionsfieber/>



MALTESER Ukrainehilfe via Wikimedia

Wie Kinder im Russland-Ukraine-Krieg tatsächlich als Waffe benutzt werden

uncut-news.ch, Januar 15, 2026

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wird in westlichen Medien und von ukrainischen Behörden immer wieder behauptet, Russland habe in grossem Umfang ukrainische Kinder entführt oder deportiert. Die genannten Zahlen reichen dabei von Zehntausenden bis hin zu mehr als einer Million. Nach Einschätzung der unabhängigen Journalistin **Eva Bartlett** fehlt für diese Vorwürfe jedoch belastbares, öffentlich überprüfbares Beweismaterial. Gleichzeitig würden schwerwiegende Missstände durch ukrainische und proukrainische Akteure kaum Beachtung finden.

Bartlett verweist in diesem Zusammenhang auf Gespräche in Istanbul im Juni, bei denen die Ukraine erstmals eine konkrete Namensliste mit angeblich «von Russland entführten Kindern» übergab. Diese Liste umfasste **339 Namen** – eine auffallend geringe Zahl im Vergleich zu den jahrelang wiederholten Behauptungen von mindestens **20'000 entführten Kindern**. Diese Diskrepanz wirft grundlegende Fragen zur Glaubwürdigkeit der zuvor erhobenen Anschuldigungen auf.

Zweifel an dieser Glaubwürdigkeit werden durch frühere Fälle nachweislicher Desinformation verstärkt. So stellte sich im Jahr 2022 heraus, dass die damalige ukrainische Ombudsfrau **Ljudmila Denisowa** Berichte über angeblich massenhafte sexuelle Verbrechen russischer Soldaten frei erfunden hatte. Denisowa wurde zwar später entlassen, doch ihre Anschuldigungen waren zu diesem Zeitpunkt bereits von internationalen Medien und Organisationen weltweit aufgegriffen worden. Für Bartlett zeigt sich hier ein Muster ungeprüfter Behauptungen, die sich nahtlos in ein antirussisches Narrativ einfügen.

Auch neuere Vorwürfe – etwa die Existenz von Hunderten russischer «Umerziehungslager», in denen ukrainische Kinder militarisiert und «russifiziert» würden, oder gar die Behauptung, Kinder würden nach Nordkorea gebracht – seien laut Bartlett nicht durch überprüfbare Quellen belegt.

Von russischer Seite heisst es hingegen, dass ein erheblicher Teil der auf der ukrainischen Liste genannten 339 Kinder nie in Russland gewesen sei, inzwischen volljährig sei oder bereits zu Angehörigen zurückgekehrt sei. Russland erklärt zudem, dass sich Kinder, die sich tatsächlich auf russischem Staatsgebiet befinden, aus aktiven Kriegsgebieten evakuiert worden seien, unter staatlicher Obhut stünden und aktiv an ihrer Familienzusammenführung gearbeitet werde. Parallel dazu übergab Russland eine eigene Liste mit **20 russischen Kindern**, die sich nach russischen Angaben in der Ukraine oder in Westeuropa befinden sollen. Eine substanzielle Reaktion auf diese Liste blieb jedoch aus.

Bartlett kritisiert ausserdem, dass westliche Medien den seit **2014 andauernden Konflikt im Donbass** weitgehend ausblenden. In diesem Zeitraum seien laut russischen und lokalen Quellen Hunderte Kinder durch ukrainischen Beschuss getötet worden – ein Kontext, der ihrer Ansicht nach systematisch ignoriert werde. Ein besonders erschütterndes Beispiel betrifft ukrainische Waisenkinder, die im Jahr 2022 in die **Türkei** gebracht wurden. Unter Berufung auf Recherchen der Journalistin **Christelle Néant** schildert Bartlett, dass dort **510 Kinder** misshandelt und sexuell missbraucht worden seien. Zwei minderjährige Mädchen seien infolge der Übergriffe durch Hotelpersonal schwanger geworden. Verantwortliche innerhalb des Waisenhauses hätten den Opfern die Schuld gegeben. Der Fall habe jedoch kaum internationale mediale Aufmerksamkeit erfahren.

Auch innerhalb der Ukraine selbst seien Kinder betroffen. Bewohner unter anderem aus **Artjomowsk (Bachmut)** berichteten, dass Einheiten der ukrainischen Militärpolizei, bekannt als die sogenannten «**Weissen Engel**», Kinder ohne Zustimmung der Eltern mitgenommen hätten. In einigen Fällen seien dabei falsche Geschichten verbreitet worden, etwa die Behauptung, die Eltern seien durch russische Angriffe ums Leben gekommen.

Auf einer Konferenz zu Verbrechen gegen Kinder im Donbass wurde zudem erklärt, dass ukrainische Behörden Kinder ohne Wissen ihrer Eltern in die **Westukraine** und möglicherweise weiter in andere europäische Länder gebracht hätten. Ein ehemaliger ukrainischer Sicherheitsbeamter äusserte sogar den Verdacht, dass einige dieser Kinder über internationale Netzwerke in die Hände pädophiler Kreise gelangt sein könnten – schwerwiegende Vorwürfe, die laut Bartlett von westlichen Medien und Institutionen weder untersucht noch aufgegriffen würden.

Abschliessend schildert Bartlett ihre Gespräche mit Flüchtlingen aus **Cherson**, die zeitweise in Russland untergebracht waren. Die Befragten erklärten übereinstimmend, sie seien freiwillig evakuiert worden, um ukrainischem Beschuss zu entgehen. In Russland hätten sie sich frei bewegen können, medizinische Versorgung erhalten und ihre Kinder regulär zur Schule schicken können. Die Darstellung, sie oder ihre Kinder seien entführt worden, wiesen sie entschieden zurück.

All dies zeige, so Bartlett, dass das dominante Bild Russlands als massenhafter Kinderentführer **nicht durch harte, öffentlich zugängliche Beweise gestützt** werde. Gleichzeitig würden schwerwiegende Vorwürfe gegen ukrainische und proukrainische Akteure entweder ignoriert oder verharmlost. Kinder seien in diesem Krieg damit nicht nur Opfer militärischer Gewalt, sondern auch **Instrumente politischer und medialer Propaganda**.



Eva Karen Bartlett 
@EvaKBartlett · Folgen



Western MSM claim that Russia "forcibly deported" up to 1.6 million Ukrainians.

In Anapa, Russia, I met refugees from the Kherson region who refuted Western media's claims that Russia had "kidnapped" them.

They said Ukrainian shelling was the reason for seeking safety in Russia.



8:58 nachm. · 26. Dez. 2022


 2.769
 Antworten
 Link kopier.

[89 Antworten lesen](#)

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-kinder-im-russland-ukraine-krieg-tatsaechlich-als-waffe-benutzt-werden/>



Ein iranischer regierungsfeindlicher Militant schießt auf die Polizei.

Westliche Medien beschönigen tödliche Unruhen im Iran und stützen sich dabei auf von der US-Regierung finanzierte NGOs, die einen Regimewechsel anstreben

Max Blumenthal und Wyatt Reed via The Grayzone, Januar 15, 2026

Während tödliche Unruhen iranische Städte erschüttern, ignorieren westliche Medien die schockierende Welle der Gewalt und beziehen ihre Informationen stattdessen von NGOs, die von der US-Regierung finanziert werden. Diese einseitige Berichterstattung hat dazu beigetragen, Trump an den Rand einer Entscheidung zu drängen, erneute US-Angriffe zu genehmigen.

Die westlichen Medien haben eine wachsende Zahl von Videobeweisen ignoriert, die terroristische Taktiken zeigen, die von Demonstranten im gesamten Iran eingesetzt werden, die von Amnesty International und Human Rights Watch als «weitgehend friedlich» beschrieben werden. Kürzlich veröffentlichte Videos sowohl der iranischen Staatsmedien als auch der regierungsfeindlichen Kräfte zeigen öffentliche Lynchmorde an unbewaffneten Wachleuten, die Brandstiftung an Moscheen, Brandanschläge auf städtische Gebäude, Marktplätze und Feuerwachen sowie bewaffnete Banden, die im Zentrum iranischer Städte das Feuer eröffnen.

Stattdessen haben sich die westlichen Medien fast ausschließlich auf die Gewalt konzentriert, die der iranischen Regierung zugeschrieben wird. Dabei stützen sie sich stark auf Todeszahlen, die von iranischen Diasporagruppen zusammengestellt wurden, die vom National Endowment for Democracy (NED) finanziert werden, dem Regimewechsel-Arm der US-Regierung, dessen Vorstände mit engagierten Neokonservativen besetzt sind.

Die NED hat sich die Förderung der «Woman, Life, Freedom»-Proteste auf die Fahnen geschrieben, die 2023 die iranischen Städte erfüllten – und die auch grausame Gewalttaten beinhalteten, die von den westlichen Medien und Menschenrechts-NGOs ignoriert wurden. Heute ist die NED bei weitem nicht die einzige unter den mit den Geheimdiensten verbundenen Akteuren, die versuchen, das Chaos im Iran anzuheizen.

Die israelische Spionage- und Attentatsagentur Mossad veröffentlichte auf ihrem offiziellen Farsi-Account auf Twitter/X eine Botschaft, in der sie die Iraner dazu aufforderte, ihre Aktivitäten zum Regimewechsel zu verstärken, und versprach, sie vor Ort zu unterstützen.

«Geht gemeinsam auf die Strasse. Die Zeit ist gekommen», forderte der Mossad die Iraner auf. «Wir sind bei euch. Nicht nur aus der Ferne und verbal. Wir sind vor Ort bei euch.»

Teheran durch Terror stürzen

Die Proteste begannen im Iran Anfang Januar 2026, als Händler auf die Strasse gingen, um gegen die durch westliche Sanktionen ausgelöste steigende Inflation zu demonstrieren. Die iranische Regierung reagierte mit Verständnis auf die Basar-Proteste und stellte ihnen Polizeischutz zur Verfügung. Diese Demonstrationen lösten sich jedoch schnell auf, als eine amorphe Masse von regierungsfeindlichen Elementen den Moment nutzte, um einen gewaltsamen Aufstand zu starten, der von Regierungen von Israel bis zu den USA – und vom selbsternannten «Kronprinzen» Reza Pahlavi, der Regierungsmitarbeiter und staatliche Medien als «legitime Ziele» bezeichnet hat – angefeuert wurde.

Am 9. Januar wurde die Stadt Mashhad zum Schauplatz einiger der heftigsten Unruhen, als regierungsfeindliche Kräfte Feuerwachen in Brand setzten, Feuerwehrleute lebendig verbrannten, Busse in Brand steckten, Stadtarbeiter angriffen, U-Bahn-Stationen verwüsteten und laut Angaben der örtlichen Stadtverwaltung Schäden in Höhe von über 18 Millionen Dollar verursachten.

In Kermanshah, wo regierungsfeindliche Randalierer die 3-jährige Melina Asadi erschossen, wurden Gruppen von Militanten gefilmt, wie sie mit automatischen Waffen auf Polizisten schossen. In Städten von Hamedan bis Lorestan haben Randalierer sich selbst dabei gefilmt, wie sie unbewaffnete Sicherheitskräfte zu Tode prügeln, weil diese versucht hatten, ihre Ausschreitungen zu verhindern.



VIDEO | Funeral procession in Iran's Kermanshah, where a flood of people turned out to mourn Melina Asadi, a 3-year-old girl who was killed in the province after being shot by anti-government rioters.

Melina was murdered three days ago while on her way to a pharmacy with her



Übersetzungen von X: Kermanshah war von bewaffneten Militanten und Randalierern heimgesucht, als die dreijährige Melina getötet wurde. Die von Israel kontrollierte Trump-Regierung brandmarkt unbewaffnete amerikanische Demonstranten als Terroristen und unterstützt Terroristen im Iran.

VIDEO | Trauerzug in der iranischen Stadt Kermanshah, wo eine Menschenmenge zusammenkam, um Melina Asadi zu betrauern, ein dreijähriges Mädchen, das in der Provinz getötet wurde, nachdem es von regierungsfeindlichen Randalierern erschossen worden war. Melina wurde laut lokalen Berichten vor drei Tagen auf dem Weg zu einer Apotheke mit ihrem Vater ermordet.

Es sind Aufnahmen aus der zentraliranischen Stadt aufgetaucht, die zeigen, wie Randalierer am 10. Januar einen öffentlichen Bus angreifen und in Brand setzen.

In Teheran haben unterdessen Randalierer die historische Abazar-Moschee angegriffen und ihr Inneres in Brand gesetzt, während andere Brandanschläge verübteten und Exemplare des Korans in der Grossen Moschee von Sarableh und im Schrein von Muhammad ibn Musa al-Kadhim in Kuzestan verbrannten.



Hussein bin Saeed Ahvazi ✅
@SayyidHussein · Folgen



The footage shows damage being inflicted on ABUZAR #mosque.

In recent days, claims had circulated that mosques were being used as bases for repression or as detention sites. However, the images indicate that the mosque was closed at the time, with no signs of unusual activity or Mehr anzeigen



9:29 nachm. · 11. Jan. 2026



Übersetzung von X: Das Filmmaterial zeigt Schäden an der ABUZAR-Moschee. In den letzten Tagen waren Behauptungen kursiert, dass Moscheen als Stützpunkte für Repressionen oder als Haftanstalten genutzt würden. Die Bilder zeigen jedoch, dass die Moschee zu diesem Zeitpunkt geschlossen war und es keine Anzeichen für ungewöhnliche Aktivitäten oder Inhaftierungen im Inneren gab.

Randalierer haben ein grosses städtisches Gebäude im Herzen der Stadt Karaj in Brand gesetzt und den Marktplatz im Zentrum von Rasht niedergebrannt. In Borujen sollen regierungsfeindliche Hooligans während einer Nacht voller Plünderungen und Zerstörungen eine historische Bibliothek mit alten Texten in Brand gesteckt haben.



Max Blumenthal ✅
@MaxBlumenthal · Folgen



Rioters burned the marketplace in the Iranian city of Rasht to a crisp

Netanyahu, Trump and every leader of the collective West has endorsed this

Of course, they are a model of tolerance toward protesters in their own cities



4:20 nachm. · 12. Jan. 2026



Übersetzung von X: Randalierer brannten den Marktplatz in der iranischen Stadt Rasht nieder. Netanyahu, Trump und alle Staats- und Regierungschefs des kollektiven Westens haben dies befürwortet. Natürlich sind sie ein Vorbild für Toleranz gegenüber Demonstranten in ihren eigenen Städten.

Keiner dieser Vorfälle hat Reaktionen seitens westlicher Medien oder Regierungen hervorgerufen, selbst nachdem das iranische Aussenministerium Botschafter aus Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien dazu verpflichtet hatte, sich Aufnahmen der von Randalierern verübten Gewalttaten anzusehen. Nach Angaben der iranischen Regierung wurden während der Unruhen über 100 Polizisten und Sicherheitsbeamte getötet. Zwei in Washington ansässige und von der US-Regierung finanzierte iranische Nicht-regierungsorganisationen haben die Zahl der Todesopfer auf Seiten der Regierung jedoch deutlich niedriger angesetzt. Diese Gruppen sind für die westlichen Medien zur wichtigsten Quelle für Informationen über die Proteste geworden.

Lobbyisten für einen Regimewechsel bestimmen die Agenda

Bei der Einschätzung der Zahl der Todesopfer im Iran stützen sich Medien in den USA und Europa auf zwei NGOs mit Sitz in Washington, die von der US-Regierungsorganisation National Endowment for Democracy (NED) finanziert werden: das Abdorrahman Boroumand Center for Human Rights in Iran und Human Rights Activists in Iran.

In einer Pressemitteilung der NED aus dem Jahr 2024 wurde das Abdorrahman Boroumand Center for Human Rights in Iran ausdrücklich als «Partner der National Endowment for Democracy (NED)» bezeichnet. An anderer Stelle heisst es in einer Erklärung von Human Rights Activists in Iran aus dem Jahr 2021, dass die Gruppe «ihr Netzwerk erweitert und beschlossen hat, finanzielle Unterstützung von der National Endowment for Democracy (NED), einer nichtstaatlichen und gemeinnützigen Organisation mit Sitz in den Vereinigten Staaten, anzunehmen», nachdem sie 2010 von der iranischen Regierung der Verbindungen zur CIA beschuldigt worden war.

Die NED wurde unter der Aufsicht des CIA-Direktors der Reagan-Regierung, William Casey, gegründet, um der Regierung trotz des weit verbreiteten Misstrauens gegenüber den US-Geheimdiensten eine weitere Einmischung im Ausland zu ermöglichen. Einer ihrer Gründer, Allen Weinstein, gab bekanntlich zu: «Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren heimlich von der CIA getan.»

Obwohl sie die Finanzierung der NGO durch die NED nicht erwähnen, haben die Washington Post und ABC News in ihrer Berichterstattung über die iranischen Proteste das Abdorrahman Boroumand Center prominent zitiert. Im Vorstand des Centers sitzt Francis Fukuyama, der Ideologe, der den Gründungsbrief des Project for a New American Century unterzeichnet hat – das vielleicht wichtigste Manifest des modernen Neokonservatismus.

Die Zahlen der suggestiv benannten «Human Rights Activists in Iran» (Menschenrechtsaktivisten im Iran) haben sich noch weiter verbreitet, wobei die jüngste Schätzung der NGO von 544 Todesopfern von Dutzenden von US-amerikanischen und israelischen Mainstream-Medien aller politischen Richtungen sowie von Dropsite zitiert wurde. Auch die «Schatten-CIA»-Nachrichtendienstfirma Stratfor hat die NGO in einem Artikel mit dem Titel «Protests in Iran Provide a Window for U.S. and/or Israeli Intervention» (Proteste im Iran bieten eine Gelegenheit für eine Intervention der USA und/oder Israels) zitiert.

Da die genaue Zahl der Opfer der Proteste nach wie vor schwer zu ermitteln ist, hat eine bunte Schar von Online-Influencern die Informationslücke mit übertriebenen Behauptungen aus zweifelhaften Quellen gefüllt. Zu diesen Propagandisten gehört auch die bekannte jüdische Supremacistin und Trump-Vertraute Laura Loomer, die unter Berufung auf eine angebliche «Quelle aus dem Geheimdienst» verkündete, dass «die Zahl der iranischen Demonstranten, die von den Streitkräften des islamischen Regimes getötet wurden, mittlerweile über 6000 beträgt!».

Auch das digitale Casino Polymarket hat die Zahl der Todesopfer aufgebläht und ohne Quellenangabe behauptet, dass «über 10'000» Menschen durch «iranische Streitkräfte [mit] automatischen Gewehren gegen Demonstranten» getötet worden seien, und fälschlicherweise behauptet, dass der Iran «fast die gesamte Kontrolle» über drei seiner fünf grössten Städte verloren habe.

In den letzten Monaten ist Polymarket dafür bekannt geworden, dass es Insidern ermöglicht, ihr Wissen über politische Entwicklungen – wie den jüngsten Militärangriff der USA auf Caracas und die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro – zu missbrauchen, um Hunderttausende von Dollar einzustreichen. Der selbsternannte «weltweit grösste Prognosemarkt» wurde mit einer grossen Investition des KI-Warlords Peter Thiel gegründet und hat nun Donald Trump Jr. als Berater.

Max Blumenthal @MaxBlumenthal · Folgen

Polymarket spreads neocon disinformation to manufacture consent for bombing Iran

It is also paying influencers all across this site to popularize its brand

The "world's largest prediction market" relies on psychological warfare to manipulate betting markets

Polymarket @Polymarket

BREAKING:

Iranian Regime security forces have lost nearly all control of Iran's:

- Capital city, Tehran
- 2nd-largest city, Mashhad
- 5th-largest city, Shiraz

3:44 nachm. · 12. Jan. 2026

Übersetzung von X: Polymarket verbreitet neokonservative Desinformation, um Zustimmung für einen Bombenangriff auf den Iran zu erzeugen. Außerdem bezahlt es Influencer auf dieser Website, um seine Marke bekannt zu machen. Der weltweit grösste Prognosemarkt nutzt psychologische Kriegsführung, um Wettmärkte zu manipulieren.

Durch die Verbreitung offensichtlich überhöhter Opferzahlen versuchen Aktivisten, die einen Regimewechsel anstreben, und Trumps Vertraute offenbar, den notorisch leichtgläubigen Präsidenten zu einem weiteren Militärschlag gegen Teheran zu provozieren.

In einer Einschätzung der Proteste vom 7. Januar beschrieb Stratfor das Chaos auf den Strassen des Iran als verlockende Gelegenheit für einen Krieg und schrieb: «Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass das Regime zusammenbricht, könnten die anhaltenden Unruhen Israel oder den Vereinigten Staaten die Tür öffnen, um verdeckte oder offene Aktivitäten durchzuführen, die darauf abzielen, die iranische Regierung weiter zu destabilisieren, entweder indirekt durch die Förderung der Proteste oder direkt durch militärische Aktionen gegen iranische Führer.»

Der CIA-Auftragnehmer räumte jedoch ein, dass «erneute Militärschläge gegen den Iran wahrscheinlich auch der aktuellen Protestbewegung ein Ende setzen würden, indem sie stattdessen zu einer breiteren Demonstration des iranischen Nationalismus und der Einheit führen würden, ein Muster, das nach den US-amerikanischen und israelischen Angriffen im Jahr 2025 zu beobachten war.»

«Bereit zum Abschuss»

Die jüngste Runde der regierungsfeindlichen Proteste im Iran hat, wie zu erwarten war, herzliche Unterstützung von einer Reihe westlicher Staats- und Regierungschefs erhalten, darunter der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und US-Präsident Donald Trump.

«Wenn der Iran, wie es seine Gewohnheit ist, friedliche Demonstranten erschießt und gewaltsam tötet, werden die Vereinigten Staaten von Amerika ihnen zu Hilfe kommen», verkündete Trump. «Wir sind bereit zum Abschuss und können loslegen.»

Einige Tage später drohte Trump dem Iran erneut: «Sie sollten besser nicht anfangen, [auf Demonstranten] zu schießen – denn dann fangen wir auch an zu schießen.» Am 12. Januar verfügte Trump dann, dass jedes Land, das mit dem Iran Handel treibt, mit einem Zoll von 25% auf Waren belegt wird, die mit den USA gehandelt werden.

Nun soll Trump Berichten zufolge einen Angriff in Erwägung ziehen und Optionen von Cyberkrieg bis hin zu Luftangriffen in Betracht ziehen. Allerdings scheint sich das Tempo der regierungsfeindlichen Proteste verlangsamt zu haben, und in den grossen Städten kehrt relative Ruhe ein.

Nachdem sich der Staub gelegt hat, strömen Millionen iranischer Bürger auf die Strassen von Teheran bis Mashhad, um ihre Empörung über die Unruhen zum Ausdruck zu bringen, die ausländischen Kräfte anzuprangern, die den Regimewechsel vorangetrieben haben, und ihre Unterstützung für die Regierung zu bekunden. In den Redaktionen des Westens scheint es jedoch verboten zu sein, diesen Massen iranischer Demonstranten eine Stimme zu geben.

Quelle: Western media whitewashes deadly riots in Iran, relying on US govt-funded regime change NGOs

Quelle: <https://uncutnews.ch/westliche-medien-beschoenigen-toedliche-unruhen-im-iran-und-stuetzen-sich-dabei-auf-von-der-us-regierung-finanzierte-ngos-die-einen-regimewechsel-anstreben/>



Quelle: Legion-media.ru © Beautiful Sports
Wenn Berlin Bern erklären will, was Neutralität bedeutet

Wenn Robert Habeck der Schweiz die Neutralität erklären will

rtde.online, 13 Jan. 2026

Der frühere deutsche Vizekanzler Robert Habeck stellt die Schweizer Neutralität im Ukrainekrieg infrage. Seine Forderung nach stärkerer EU-Anbindung stösst auf Widerstand. Er sieht die Zukunft der Schweiz näher bei der EU, nicht in der Neutralität.

Von Hans-Ueli Läppli

Robert Habeck, der frühere deutsche Wirtschaftsminister und Vizekanzler, tritt seit seinem Rückzug aus der Politik als Senior Analyst am Danish Institute for International Studies auf.

Im SRF-Tagesgespräch skizzierte er eine geopolitische Neubewertung der Europäischen Union. Was einst ein primär wirtschaftliches Integrationsprojekt gewesen sei, erscheine heute als Europas beste Chance, in einer Welt rivalisierender Grossmächte eine eigenständige politische Kraft zu entfalten.

Diese Selbstbeschreibung verband Habeck mit einer deutlichen Kritik an der Schweiz: Es sei problematisch, so sein Vorwurf, dass sich Bern im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine auf seine Neutralität berufe und etwa die Weitergabe von Munition für den Flugabwehrpanzer Gepard verweigere. Diese Haltung habe Europa in seine gegenwärtige Lage geführt. Zudem warnte Habeck, die Schweiz werde Teil russischer hybrider Kriegsführung oder sei es bereits.

Die Schärfe dieser Aussagen steht in auffälligem Kontrast zu ihrem begrifflichen Gehalt, denn sie beruhen auf einem grundlegenden Missverständnis dessen, was Neutralität bedeutet. Neutralität ist weder moralische Indifferenz noch politisches Wegducken. Sie ist ein völkerrechtlich definierter Status, der gerade im bewaffneten Konflikt seinen Sinn entfaltet.

Der Zürcher Staatsrechtler und SP-Ständerat Daniel Jositsch formulierte es in der Debatte über die Neutralitätsinitiative prägnant: Wenn ein Staat in einem Krieg nicht neutral ist, wann will er es dann überhaupt sein.

Habecks Argumentation kehrt dieses Prinzip ins Gegenteil.

Neutralität soll ausgerechnet in dem Moment suspendiert werden, in dem sie relevant wird. Damit verliert sie ihren rechtlichen und politischen Kern. Was bleibt, ist nicht Neutralität mit Einschränkungen, sondern eine implizite Parteinahme. Diese Logik entspricht derjenigen militärischer Bündnisse, nicht der eines neutralen Staates.

Historisch war die Schweizer Neutralität nie bloss ein identitätsstiftendes Narrativ. Sie erfüllte eine konkrete Funktion in der europäischen Ordnung. Sie ermöglichte Schutzmachtmandate, diplomatische Kanäle, humanitäre Vermittlung. Gerade weil die Schweiz keinem Block angehörte, konnte sie zwischen ihnen agieren. Dieses institutionelle Kapital wurde über Jahrzehnte aufgebaut.

Dass es in jüngerer Zeit an Glaubwürdigkeit verloren hat, ist weniger dem Konzept als der politischen Praxis geschuldet. Der Bundesrat hat sich in der Sanktionspolitik eng an die EU angelehnt und rhetorisch Positionen übernommen, die mit strikter Neutralität schwer vereinbar sind. Damit wurde der Eindruck erweckt, die Schweiz stehe faktisch auf einer Seite, auch wenn sie formal neutral bleibt.

Habecks Forderung nach einer stärkeren Anbindung an die EU oder gar an die NATO setzt genau hier an. Sie unterstellt, Sicherheit entstehe durch institutionelle Nähe zu Machtblöcken.

Doch diese Annahme hält einer nüchternen Betrachtung kaum stand. Die Europäische Union ist kein geopolitischer Akteur aus einem Guss. Ihre Außenpolitik ist fragmentiert, ihre strategische Durchsetzungsfähigkeit begrenzt. In zentralen Konflikten an ihren eigenen Rändern agiert sie oft reaktiv statt gestaltend.

Für die Schweiz würde eine solche Anbindung bedeuten, Souveränität gegen Regelbindung einzutauschen, ohne im Gegenzug verlässliche sicherheitspolitische Garantien zu erhalten.

Die EU ist kein Schutzraum im klassischen Sinn, sondern ein komplexes System aus Interessen, Verfahren und politischen Abhängigkeiten. Wer sich ihm unterstellt, begibt sich in eine Ordnung, die nicht primär dem Schutz, sondern der Durchsetzung eigener Prioritäten dient.

Das zeigt sich besonders deutlich im Umgang mit Sanktionen. Wenn Personen oder Unternehmen ohne gerichtliches Verfahren auf Listen gesetzt werden, ist das für einen Rechtsstaat ein heikler Vorgang. Für einen neutralen Drittstaat ist es ein Hinweis darauf, wie begrenzt der Schutz ausserhalb eines klaren völkerrechtlichen Status ist.

Habeck argumentiert aus einer Welt der Lager und Frontlinien.

Die Schweiz hat sich bewusst für einen anderen Weg entschieden. Ihre Neutralität ist kein nostalgisches Relikt, sondern ein strategisches Instrument. Sie schafft Spielräume, wo andere sich festlegen müssen. Wer sie preisgibt, gewinnt keine moralische Klarheit, sondern verliert politische Handlungsfreiheit.

Quelle: <https://uncutnews.ch/wenn-robert-habeck-der-schweiz-die-neutralitaet-erklaeren-will/>

Sanktionen wegen Meinungen – Eine Drohung an alle Menschen in der EU

Prof. Dietrich Murswieck, Januar 15, 2026

Die EU verhängt gegen immer mehr Einzelpersonen wegen (prorussischer) Meinungs-Äusserungen Sanktionen, die für die Betroffenen schwerwiegende Folgen haben.* Der bekannteste jüngste Fall betrifft unter anderen den Ex-Oberst des Schweizer Geheimdienstes Jacques Baud. Der bekannte Freiburger Staatsrechtler Prof. Dietrich Murswieck legt im nachfolgenden Artikel dar, dass diese Massnahmen der EU mehrere Grundsätze des Rechtsstaats verletzen und einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts widersprechen. Wir übernehmen den Text mit freundlicher Erlaubnis des Autors von dem bereits am 8.1.2026 in der «Welt» erschienenen Artikel. (hl)



Eine 2024 in Kraft getretene EU-Verordnung erlaubt die Sanktionierung von Meinungsäusserungen, die auf indirekte Weise der russischen Regierung im Ukraine-Krieg nützen könnten. Personen, die auf der Sanktionsliste stehen, unterliegen in der EU einem Ein- und Durchreiseverbot, ihr Vermögen wird eingefroren. Die allermeisten Personen, die auf den russlandbezogenen Sanktionslisten der EU stehen, sind in Russland lebende russische Staatsangehörige. Sie haben ihr Vermögen in der Regel vollständig oder grösstenteils in Russland und sind daher von der Auflistung und den daraus folgenden Sanktionen kaum betroffen. Wer hingegen – wie der in Belgien lebende Schweizer Jaques Baud, der im Dezember wegen «russischer Propaganda» und «Verschwörungstheorien» auf die Sanktionsliste gesetzt wurde – seinen Lebensmittelpunkt und sein Vermögen in der EU hat, den trifft die Sanktion in seiner wirtschaftlichen und persönlichen Existenz. Meinungsäusserungen sind durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt. Die Meinungsfreiheit kann zwar gesetzlich eingeschränkt werden. Dies ist durch die Sanktionsverordnung geschehen, die zur Aufnahme in die Sanktionsliste («Listung») aufgrund von Meinungsäusserungen ermächtigt. Aber sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine solche Einschränkung gegeben?

1. Handelt es sich bei der Listung auf der EU-Sanktionsliste um eine Strafe?

Wenn ein Mensch wegen einer Meinungsäusserung mit einem Einreiseverbot und mit dem Einfrieren seiner Vermögenswerte belegt wird, liegt es intuitiv nahe, diese Sanktion als Strafe für die Meinungsäusserung anzusehen. Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Bestrafung sind aber eindeutig nicht gegeben, und zwar schon deshalb nicht, weil die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt sein muss, bevor die Tat begangen wurde. Dies ist hier nicht der Fall.

2. Sind die Sanktionen Präventivmassnahmen?

Die EU behauptet, dass es sich bei den Individual-Sanktionen nicht um Strafen handele, sondern um Präventivmassnahmen. Nach dem Selbstverständnis der EU sollen die Individual-Sanktionen darauf hinwirken,

dass die gelisteten Personen das Verhalten unterlassen, mit dem sie – angeblich – russische Aggressions- oder Subversionshandlungen unterstützen oder erleichtern. So verstanden, sind Individual-Sanktionen ein Mittel der Gefahrenabwehr, also des präventiven Rechtsgüter-schutzes. Die Souveränität der Mitgliedstaaten und Drittländer sowie ihre innere Sicherheit und ihre Verfassungsordnung sollen gegen russische Destabilisierungs-Massnahmen geschützt werden.

Das ist ein legitimes Ziel, das auch Grundrechtseinschränkungen rechtfertigen kann, sogar Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Allerdings lassen sich Einschränkungen der Meinungsfreiheit nur rechtfertigen, wenn sie «meinungsneutral» sind: Sie dürfen nicht wegen des Inhalts der Meinungen vorgenommen werden, sondern nur dann, wenn diese ein Rechtsgut verletzen oder gefährden. Wer beispielsweise mit seiner Äußerung die Regierung kritisiert, gefährdet kein Rechtsgut – auch dann nicht, wenn er mit seiner Kritik die Durchsetzung der Regierungspolitik erschwert. Wenn er hingegen zu gewalttamen Demonstrationen aufruft, verletzt er das Gewaltverbot. Die Untersagung von Gewaltaufrufen ist gerechtfertigt, weil sie nicht an Meinungsinhalte anknüpft, sondern an einen durch die Meinungsäusserung gesetzten Handlungsimpuls, der sich gegen Rechtsgüter Dritter oder der Allgemeinheit richtet, beispielsweise gegen die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit von Individuen oder die Handlungsfähigkeit von Staatsorganen.

Im Falle der Sanktionen gegen «destabilisierende Aktivitäten Russlands» kommt es also darauf an, ob die sanktionierten Meinungsäusserungen als Verletzungen oder Gefährdungen von Rechtsgütern verstanden werden können. Unter Berücksichtigung der Meinungsfreiheit kann das nur der Fall sein, wenn es sich nicht allein um Beiträge zum öffentlichen Diskurs handelt, sondern wenn eine Person sich mit ihren Äusserungen bewusst und gewollt in den Dienst eines feindlichen Regimes stellt, mit dem Ziel, Souveränität, innere Sicherheit oder eines der anderen in der Verordnung genannten Schutzgüter zu verletzen oder zu gefährden. Allein der Umstand, dass eine Meinungsäusserung objektiv geeignet ist, die Politik der eigenen Regierung oder der EU zu erschweren oder die Politik Russlands zu erleichtern, weil sie auf die öffentliche Meinungsbildung kritisch einwirkt, kann nicht ausreichen. Denn in einem demokratischen Staat ist das Recht, die Regierungspolitik zu kritisieren, der die Demokratie konstituierende Kern der Meinungsfreiheit. Daraus folgt, wie das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 4. November 2009 – 1 BvR 2150/08) festgestellt hat, dass die Zielsetzung von Einschränkungen der Meinungsfreiheit «nicht darauf gerichtet sein darf, Schutzmassnahmen gegenüber rein geistig bleibenden Wirkungen von bestimmten Meinungsäusserungen zu treffen. Die Absicht, Äusserungen mit schädlichem oder in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlichem Inhalt zu behindern, hebt das Prinzip der Meinungsfreiheit selbst auf und ist illegitim.»

Diesen fundamentalen Grundsatz hat der Rat der EU mit der Aufnahme von Jacques Baud auf die Sanktionsliste, soweit aus der für die Listung gegebenen Begründung ersichtlich, missachtet. Denn dass Baud für die russische Regierung arbeitet, wurde nicht einmal behauptet, geschweige denn bewiesen. Ihm wird vorgeworfen, «regelmässig Gast in prorussischen Fernseh- und Radio-Programmen» zu sein. Um welche Programme es sich handelt, wird nicht gesagt – offenbar keine russischen. Als «prorussisch» gilt aus Sicht mancher Politiker schon jeder, der sich gegen die Lieferung von weitreichenden Raketen an die Ukraine ausspricht oder gegen die Finanzierung von Waffenlieferungen durch die EU.

Die Behauptung, Baud fungiere «als Sprachrohr für prorussische Propaganda», liegt auf derselben Ebene. Der Rat der EU spricht nicht von «russischer», sondern vorsichtshalber von «prorussischer» Propaganda – und das kann jede Äusserung sein, die nicht der Haltung der EU zum Ukraine-Krieg entspricht. Was die EU als Grund für die Sanktion gegen Baud angibt, ist kein Beweis dafür, dass er sich in den Dienst eines Feindstaates in einem militärischen Konflikt gestellt hat, sondern die «Sprachrohr»-These ist Insinuation und Geraune.

Als weiteren Grund führt die Sanktionsbegründung an, Baud verbreite Verschwörungstheorien, «indem er beispielsweise die Ukraine bezichtigt, ihre eigene Invasion herbeigeführt zu haben, um der Nato beizutreten». Allerdings ist es nicht verboten, Verschwörungstheorien zu verbreiten, wenn man damit niemanden verunglimpft oder Volksverhetzung begeht. Von der Meinungsfreiheit sind auch abwegige Ansichten geschützt. Im Übrigen bestreitet Baud, die ihm zugeschriebene Äusserung gemacht zu haben. In einem Interview mit der Schweizer «Weltwoche» sagt er, er habe lediglich einen ehemaligen Berater Selenskys zitiert. Wie dem auch sei – selbst wenn es stimmte, dass er eine solche Aussage als seine eigene Meinung geäussert hätte, wäre das nicht strafbar und nicht verboten. Auf eine nicht verbotene und nicht verbietbare Äusserung mit dem Einfrieren des Vermögens zu reagieren, ist ein krasser Verstoss gegen die Meinungsfreiheit.

Mit der Begründung, die der Rat der EU für die Listung Bauds gegeben hat, könnten viele Politiker, die sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine oder für eine Beendigung des Krieges auch unter Gebietsverlusten der Ukraine ausgesprochen haben, auf die Sanktionsliste gesetzt werden – man denke etwa an Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine, Klaus von Dohnanyi oder Tino Chrupalla. Alles, was heute noch «friedensbewegt» auftritt, könnte auf diese Weise aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden.

In einem demokratischen Staat muss aber auch die Aussen- und Verteidigungspolitik jederzeit – auch in Krisensituationen – kritisierbar sein. Mit der Politik der nationalen Regierung oder der EU nicht übereinstimmende Meinungen als gefährlich zu behandeln und mit Sanktionen zu belegen, verletzt das Demo-

kratieprinzip im Kern. Deshalb ist die Listung Bauds auch dann verfassungswidrig, wenn man sie als Präventivmassnahme versteht.

3. Die Unverhältnismässigkeit der Sanktion gegen Baud.

Gesetzt den Fall, die EU hätte Informationen über die Tätigkeit Bauds, die in der Sanktionsbegründung nicht genannt werden, aus denen sich aber ergäbe, dass er mit seinen Meinungsäusserungen bewusst und gewollt die russische Aggression oder Subversion unterstützt und sich etwa in den Dienst einer koordinierten Desinformationskampagne gestellt hätte, dann wäre die Sanktionierung dieses Verhaltens nicht von vornherein mit der Meinungsfreiheit unvereinbar. Aber die Grundrechte des Betroffenen und das Rechtsstaatsprinzip verlangten dann, dass er vor Verhängung der Sanktion aufgefordert würde, das Verhalten, das ihm vorgeworfen wird, zu unterlassen. Eine Sanktion als Präventivmassnahme ist ein Beugemittel zur Durchsetzung einer Verhaltenspflicht. Die Sanktion darf nicht verhängt werden, wenn der Betroffene der Aufforderung nachkommt, das unerwünschte Verhalten einzustellen. Die Sanktion ist dann zur Erreichung ihres legitimen Zwecks nicht erforderlich.

Das russlandbezogene Sanktionsregime richtet sich gegen die von Russland betriebene Aggression und Subversion. Dass die Individual-Sanktionen auch Personen treffen können, die nicht russische Staatsangehörige sind, sondern EU-Bürger oder Angehörige westlicher Staaten, die in der EU leben, ist nach dem Wortlaut der Sanktionsvorschriften nicht ausgeschlossen. Beabsichtigt war das ursprünglich wohl nicht. Sonst hätte man erkennen müssen, dass in der EU lebende Menschen von der Listung um ein Vielfaches härter getroffen werden als in Russland lebende Russen. Insbesondere das faktische Berufsverbot, das sich für in der EU lebende Menschen aus der Listung ergibt, trifft diese sehr viel härter, als eine bei vergleichbaren Meinungsdelikten übliche Strafe sie trüfe. Die Sanktion dürfte auch unter diesem Aspekt unverhältnismässig sein.

Eine Drohung an alle EU-Bürger

Auf jeden Fall aber müssen die Vorschriften so ausgelegt werden, dass sie auf EU-Bürger und andere Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der EU haben, nicht angewendet werden, wenn diese sich legal verhalten und sich nicht – als bezahlte Agenten oder etwa durch Einordnung in eine von Russland organisierte Destabilisierungsaktion – in den Dienst des russischen Staates stellen. Meinungsäusserungen, die weder verboten sind noch ohne Verstoss gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verboten werden können, dürfen nicht Grund für Individual-Sanktionen sein.

Die Sanktion gegen Baud erweist sich als offensichtlicher und schwerwiegender Verstoss gegen die Meinungsfreiheit, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip. Baud hat nun die Möglichkeit, eine Überprüfung seiner Listung durch den Rat herbeizuführen. Bleibt diese erfolglos, kann er beim Gericht der EU Klage erheben. Gegebenenfalls ist danach noch Berufung beim Europäischen Gerichtshof möglich. Es ist zu hoffen, dass die EU-Gerichte, die bislang die Sanktionsentscheidungen des Rates meist akzeptiert haben, ihre Kontrollfunktion jetzt strikt ausüben, die Sanktionsrechtsakte im Hinblick auf Meinungsäusserungen restriktiv auslegen und die Listung Bauds aufheben werden.

Wenn die EU noch als Organisation wahrgenommen werden will, die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet ist, muss sie Jacques Baud unverzüglich von der Sanktionsliste entfernen. Tut sie dies nicht, wirkt seine Sanktionierung als Drohung an alle Menschen in der EU: «Euch kann es genauso gehen, wenn ihr Meinungen äussert, die mit der Ukraine-Politik oder mit der Aufrüstungspolitik der EU nicht übereinstimmen. Ihr müsst damit rechnen, dass ihr euer Land nicht mehr verlassen dürft, einen Beruf nicht mehr ausüben dürft und Zugriff auf euer Vermögen nur noch zur Selbstversorgung auf Sozialhilfenniveau haben werdet.»

Mit dieser Drohpolitik wird die Demokratie in Europa schwerwiegend beschädigt.

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2025/12/20/eu-sanktioniert-weitere-politikwissenschaftler-und-journalisten/#more-18643>

Quelle: <https://uncutnews.ch/sanktionen-wegen-meinungen-eine-drohung-an-alle-menschen-in-der-eu/>



Warum signalisierten die USA Unterstützung für NATO-Truppen in der Ukraine?

Andrew Korybko, Januar 15, 2026

Es könnte sich um eine Verhandlungstaktik handeln, um Russland zu Zugeständnissen bei seinen maximalistischen Zielen im Konflikt zu drängen – als Gegenleistung dafür, dass die Eindämmung Russlands nicht neu priorisiert und gegenüber China nach oben verschoben wird, indem Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine ausgeweitet würde, was zugleich die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Entsendung dieser Truppen verringern könnte.

Frankreich und Grossbritannien haben kürzlich zugesagt, im Falle eines Waffenstillstands Truppen in die Ukraine zu entsenden, als Teil ihrer jüngsten vorgeschlagenen Sicherheitsgarantien für dieses Land. Dieses Prinzip wurde erstmals überhaupt von Steve Witkoff und Jared Kushner, den US-Sondergesandten für Gespräche mit Russland, ausdrücklich gelobt. Die Pariser Erklärung, die Frankreich und Grossbritannien unterzeichneten, bekräftigte zudem ihre Unterstützung für die «Teilnahme an einem vorgeschlagenen, von den USA geführten Mechanismus zur Überwachung und Verifizierung eines Waffenstillstands». All dies sorgt in Russland verständlicherweise für Besorgnis.

Kriegsminister Pete Hegseth erklärte im vergangenen Februar in seiner Rede im NATO-Hauptquartier, dass sein Land die Truppen der Mitgliedstaaten in der Ukraine nicht unter den Schutz von Artikel 5 stellen werde und auch keine eigenen Truppen dorthin entsenden werde – selbst nicht im Rahmen irgendeiner Sicherheitsgarantie. Angesichts der Pariser Erklärung könnten sich jedoch einige in Russland fragen, ob die USA bald planen, beide Positionen zu revidieren: also ihre NATO-Verbündeten in der Ukraine bei einer Entsendung zu schützen und möglicherweise sogar eigene Truppen dorthin zu schicken, um einen Waffenstillstand zu überwachen.

Putin selbst warnte noch im vergangenen September, dass Russland westliche Truppen in der Ukraine als «legitime Ziele zur Zerstörung» betrachten würde. Es ist daher leicht nachvollziehbar, wie eine massenhafte Entsendung solcher Truppen – im Gegensatz zur geringen, inoffiziellen französischen und britischen Präsenz in Odessa, die russische Geheimdienste später im selben Monat bestätigten – ausser Kontrolle geraten und in einen Dritten Weltkrieg münden könnte, falls Russland ihre Kräfte angreift. Das muss jedoch nicht geschehen, wenn die US-Unterstützung für die jüngsten Sicherheitsgarantien lediglich eine Verhandlungstaktik ist (zumindest vorerst).

Zur Erklärung: Trump 2.0 hätte die Ukraine weiter kostenlos mit Waffen versorgen und niemals Gespräche mit Russland aufnehmen können, wenn er nicht ernsthaft an einem Ende des Konflikts interessiert wäre – während er parallel schrittweise die Eskalation gegen Russland erhöht hätte, im Rahmen eines «den Frosch langsam kochen»-Ansatzes zur Normalisierung des Weges in Richtung Dritter Weltkrieg. Auf all dies zu verzichten, nur um dann plötzlich zu der beispiellosen Eskalation überzugehen, Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine auszuweiten und sogar eigene Truppen zu entsenden, ist zwar möglich, aber unwahrscheinlich.

Die «Trump-Doktrin», über die Leser hier mehr erfahren können, stuft Russland als Juniorpartner in einer von den USA geführten Weltordnung ein. Alles, was die USA wollen, ist, China den Zugang zu weiteren russischen Ressourcen zu verwehren, die es für sein Wachstum und damit für seinen Aufstieg zur Supermacht benötigt. Dies soll erreicht werden, indem massiv in einige Lagerstätten investiert wird – als Anreiz dafür, bei sicherheitsbezogenen Zielen in der Ukraine nachzugeben – und indem China in Zukunft bei anderen Lagerstätten überboten wird. Dieses Quidproquo bleibt für Putin jedoch inakzeptabel.

Selbst wenn sich seine Haltung nicht ändert und der Konflikt weitergeht, könnte die Erreichung dieses Ziels gegenüber Russland für die USA zunehmend an Bedeutung verlieren, falls sie bald die Kontrolle über die Ressourcen Irans, Nigerias und anderer wichtiger BRICS-Länder erlangen sollten – nach ihrem erstaunlichen Erfolg in Venezuela. In diesem Fall ist es schwer vorstellbar, dass der stellvertretende Kriegsminister

für Politik, Elbridge Colby, dessen «Strategie der Verweigerung» im Zentrum der «Trump-Doktrin» steht, der russischen Front des neuen Kalten Krieges Vorrang vor der chinesischen einräumen würde.

Schliesslich umfassen die oben genannten ergänzenden Massnahmen einen radikal verstärkten multilateralen militärischen Druck auf China, parallel dazu aber auch die Verweigerung des Zugangs zu den Ressourcen (und Märkten), die es benötigt. Eine weitere Verschärfung des Ukraine-Konflikts würde diese Strategie untergraben. Wenn die nichtmilitärischen Aspekte von Colbys «Strategie der Verweigerung» in den wichtigsten BRICS-Ländern sowie unter den Partnern der USA im Indopazifikraum, in der EU und am Golf vorangetrieben werden, wären die Kosten eines hartnäckigen Versuchs, dies zusätzlich mit Russland durchzusetzen, nicht gerechtfertigt.

Dementsprechend wäre es weniger wahrscheinlich, dass die USA Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine ausweiten würden, und selbstverständlich würden sie in diesem Szenario auch keine eigenen Truppen dorthin entsenden. Stattdessen könnten sie einen Kompromiss vorschlagen, bei dem ihre Verbündeten ihre Truppen in Polen und Rumänien konzentrieren, während die USA einen Waffenstillstand aus der Ferne mit Mitteln wie Satelliten und Drohnen überwachen. Dieser vorgeschlagene Kompromiss wäre aufgrund der Umstände notwendig, doch der Kontext würde den Russen vermutlich nicht mitgeteilt. Vielmehr könnte er als pragmatischer Kompromiss präsentiert werden, bei dem Russland seine Ziele zurückschraubt – insbesondere in Bezug auf Entmilitarisierung und Territorium. Putin zögert jedoch, dies zu tun. Gleichzeitig möchte er womöglich nicht riskieren, die derzeitige Übereinkunft innerhalb der permanenten Militär-, Geheimdienst- und Diplomatiebürokratie der USA («Deep State») zu gefährden, wonach die Eindämmung Chinas derzeit Vorrang vor der Eindämmung Russlands hat. Dies könnte geschehen, falls er einen Kompromiss ablehnt und/oder über den Donbass hinaus weiter vorrückt.

Angesichts der Bestrebungen der USA, die Eindämmung Russlands in Europa nach dem Ende des Ukraine-Konflikts an die von Polen geführte «Drei-Meere-Initiative» in Partnerschaft mit Deutschland zu delegieren – wodurch sich die USA voll und ganz auf die Eindämmung Chinas konzentrieren könnten –, könnte sich die Sicherheitslage Russlands nach dem Konflikt relativ verbessern (wenn auch nicht in dem Masse, wie es beim speziellen Militäreinsatz beabsichtigt war), sofern es einem Kompromiss zustimmt. Diese Chance könnte verloren gehen, wenn Russland weiterhin seine maximalistischen Ziele verfolgt.

Daraus ergeben sich fünf Fragen, deren Antworten bestimmen werden, was als Nächstes geschehen könnte:

1. Wie ernst meinen es die USA mit der Ausweitung von Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine und möglicherweise auch mit der Entsendung eigener Truppen dorthin – selbst auf Kosten der Pläne, China entschlossener einzudämmen?
2. Glaubt Putin, dass es ihnen ernst ist, oder hält er dies für einen Bluff? Wie könnte er auf jede dieser Einschätzungen reagieren, und welche Faktoren könnten seine Sicht auf die US-Absichten verändern?
3. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Dynamiken des US-«Deep State» von der Priorisierung der Eindämmung Chinas wieder zur Eindämmung Russlands zurückkehren, falls Putin einen Kompromiss ablehnt und/oder nach dem Donbass weiter vorrückt?
4. Wie könnten der Erfolg oder Misserfolg der USA China – wie im Fall Venezuelas – den Zugang zu den Ressourcen (und Märkten) anderer Staaten zu verwehren, die oben genannten Punkte sowie ihre Flexibilität bei einem Kompromiss mit Russland beeinflussen?
5. In welchem Ausmass könnte Putin von seinen maximalistischen Zielen abrücken? Könnte er dazu bewegt werden, NATO-Truppen in der Ukraine nach dem Ende des Konflikts zu akzeptieren, wenn die USA Artikel 5 nicht auf diese ausweiten?

Im Grunde gibt es zwei Möglichkeiten, wie Putin die Gesamtlage betrachten könnte:

1. Die US-Pläne zur entschlosseneren Eindämmung Chinas bleiben Priorität – insbesondere, wenn es gelingt, China den Zugang zu weiteren Energiequellen und Märkten zu verwehren. In diesem Fall könnte Russland einen Kompromiss sicher ablehnen, an seinen maximalistischen Zielen festhalten und nach dem Donbass weiter vorrücken, ohne befürchten zu müssen, dass die USA ihre militärische Unterstützung für die Ukraine massiv ausweiten und/oder eine kubakrisenähnliche Zuspitzung provozieren, indem sie Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine ausweiten, die dann womöglich einseitig zusammen mit US-Truppen dort eingesetzt würden.
2. Die Dynamiken des US-«Deep State» bleiben volatil, sodass die Ablehnung eines Kompromisses und ein weiteres Vorrücken nach dem Donbass von Russlands Gegnern instrumentalisiert werden könnten, um Trump dazu zu bewegen, die Eindämmung Russlands wieder über die Chinas zu stellen. Dies würde die Wahrscheinlichkeit stark erhöhen, dass die USA ihre militärische Unterstützung für die Ukraine massiv ausweiten und/oder eine kubakrisenähnliche Eskalation provozieren, indem sie Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine ausweiten, die dann womöglich einseitig zusammen mit US-Truppen dort eingesetzt würden.

Aus Sicht der USA bevorzugen sie ein rasches politisches Ende des Konflikts, um anschliessend China entschlossener eindämmen zu können – jedoch nicht vollständig zu Russlands Bedingungen. Daher werden sie vermutlich verstärkt sekundäre Sanktionen gegen Russlands Partner verhängen, falls Putin einen Kom-

promiss ablehnt. Sollte es zu einem grösseren russischen Durchbruch kommen, könnten sie sogar damit drohen, Artikel 5 auf die Truppen der NATO-Staaten in der Ukraine auszuweiten, falls Russland nicht stoppt, und deren Entsendung anordnen, um die Ukraine zu teilen – selbst unter dem Risiko eines Dritten Weltkriegs, falls diese Truppen angegriffen würden.

Dieser Ansatz könnte jedoch nach hinten losgehen, falls China und Russland aufgrund der US-Politik stärker voneinander abhängig werden: China, weil ihm der Zugang zu weiteren Ressourcen verwehrt wird, und Russland, weil ihm der Zugang zu wichtigen Absatzmärkten entzogen wird, in denen es seine Ressourcen verkauft (etwa Indien, falls der Druck durch sekundäre Sanktionen steigt und Indien dann im Rahmen eines Deals russisches Öl durch venezolanisches ersetzt). China könnte dadurch günstig Zugang zur gesamten russischen Ressourcenbasis erhalten, während Russland die Finanzierung bekäme, um den Konflikt auf unbestimmte Zeit fortzusetzen.

Eine derart beispiellose gegenseitige Abhängigkeit könnte jedoch auch für beide Seiten problematisch werden, falls sie bei einer der Parteien Ressentiments erzeugt und/oder falls die USA plötzlich einer Seite ein deutlich besseres Angebot als zuvor machen – unter der Bedingung, die andere fallen zu lassen und so indirekt zu deren strategischer Niederlage beizutragen. Zur Klarstellung: Putin und Xi haben wiederholt betont, wie tief ihr gegenseitiges Vertrauen ist, weshalb dieses düstere Szenario unwahrscheinlich erscheint. Dennoch sollte es nicht leichtfertig ausgeschlossen werden, da die Möglichkeit weiterhin besteht.

Zurückkommend auf das Thema der erstmaligen US-Unterstützung für europäische Sicherheitsgarantien für die Ukraine: Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt wohl lediglich eine Verhandlungstaktik. Zugleich signalisiert es jedoch – ob ernst gemeint oder nicht –, dass der US-Deep State nicht geschlossen hinter der Priorisierung der Eindämmung Chinas steht und daher wieder zur Priorisierung der Eindämmung Russlands zurückkehren könnte, falls Putin einen Kompromiss ablehnt und/oder nach dem Donbass weiter vorrückt. Mehr lässt sich angesichts der Komplexität des globalen Systemwandels in seiner aktuellen Phase derzeit nicht beurteilen.

Quelle: Why'd The US Signal Support For NATO Troops In Ukraine?

Quelle: <https://uncutnews.ch/warum-signalisierten-die-usa-unterstuetzung-fuer-nato-truppen-in-der-ukraine/>

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

11.1.2026



Sie enthüllte, dass die ersten PFAS fürs Manhattan-Projekt produziert wurden: US-Journalistin Mariah Blake. © Democracy Now!

Wegen Atombombe: US-Militär gab PFAS entscheidenden Schub

Eine US-Journalistin erzählt erstmals die Geschichte der «Ewigkeitschemikalien». Mit dabei: ein Schweizer Chemiker.

Pascal Sigg

PFAS beschäftigen derzeit in der ganzen Schweiz die Behörden bis auf Gemeindeebene. Doch noch immer wissen wir wenig über die Stoffe. Dass die sogenannten Ewigkeitschemikalien giftig sind und auf die Erforschung von Teflon zurückgehen, ist erst seit etwa zehn Jahren einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Wegen eines Prozesses machten in den USA damals erste Medienberichte über die Gefährlichkeit des Kunststoffs die Runde.

Mit einem erzählenden Sachbuch steuert nun die US-Journalistin Mariah Blake ein weiteres, grosses Puzzleteil zum Wissen über PFAS bei. Blake war eine der ersten Journalistinnen, die 2015 ausführlich über die Vergiftung rund um Duponts Teflon-Fabrik in Parkersburg im US-Staat West Virginia berichtete. In *They Poisoned the World* (die deutsche Übersetzung erscheint Ende Februar 2026) holt Blake besonders weit aus. Sie erzählt von einem weiteren Vergiftungsskandal um die Firma Saint-Gobain im US-Bundesstaat New York, von erfolgreichem Widerstand, und der bislang kaum bekannten Geschichte der Stoffe, die fast hundert Jahre zurückreicht.

Manhattan-Projekt entscheidend für PFAS-Entwicklung

Deren Details, so sagte Blake in einem Podcast-Interview, waren auch für sie neu: Denn entscheidend für Entwicklung und kommerzielle Verbreitung des Materials war das sogenannte Manhattan-Projekt mit welchem die USA im Zweiten Weltkrieg die Atombombe entwickelten.

In Blakes Erzählung entwickelte ein Dupont-Chemiker Teflon durch Zufall. 1938 arbeitete Roy Plunkett an der Entwicklung eines neuen Kühlmittels mit dem hochgiftigen Gas Fluorin, als er nach einem Experiment ein bestimmtes Material vorfand, das extrem glitschig war und sich auch durch starke Erhitzung nicht auflösen liess. «Es reagierte auf nichts», erinnerte sich Plunkett später.

Plunketts Chefs erkannten das enorme Potenzial des Stoffs sofort. Teflon war stark, hitzeresistent und konnte selbst giftigste Chemikalien abwehren. Doch Duponts Polymerchemie-Abteilung, zu diesem Zeitpunkt Weltmarktführer, schaffte es noch nicht, Teflon in grossen Mengen herzustellen. Dieselben Eigenschaften, welche den Stoff nützlich machten, bargen grosse Herausforderungen. Deshalb kam die Dupont-Direktion Ende der 1930er-Jahre zum Schluss, dass sich die kuriose Laborerfindung wohl nie für die Massenproduktion eignen würde.

Riesenkonzern – dank Schiesspulver, Preisabsprachen und Spionage

Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war das ehemalige Familienunternehmen Dupont eine der grössten Firmen der Welt. Das Unternehmen war stetig gewachsen. Zuerst als Schiesspulverfabrik und dann als Munitionslieferant hatte es ab 1803 wiederholt von lukrativen Verträgen mit der jungen US-Regierung profitiert. So durfte die Firma als einzige im US-Militär entwickeltes rauchfreies Schiesspulver herstellen.

1902 übernahm der Chemiker Pierre Dupont die Führung. Unter ihm führte die Firma als erste die Kennzahl des *Return on Investment* ein und richtete ihr Geschäft danach aus. Dies beinhaltete auch illegales Gebaren wie Preisabsprachen oder Industriespionage. 1912 wurde das Unternehmen zwar für seine Verstösse gegen das Kartellgesetz verurteilt, durfte das Monopol auf rauchfreies Schiesspulver aber behalten. Wenig später verhalf der Erste Weltkrieg dem Unternehmen zu enormen Gewinnen. Doch die Blockade der deutschen Industrie zwang Dupont dazu, synthetische chemische Zusätze für Schiesspulver selber herzustellen. Dies war Fluch und Segen zugleich, denn Dupont verstand dadurch, wie wichtig diese Stoffe für die Herstellung unzähliger Güter waren.

Da begann die Firma stark in chemisches Wissen zu investieren. Sie kaufte kleinere US-Konkurrenten auf, baute einen grossen Laborkomplex in Deepwater, New Jersey, und saugte deutsches Chemie-Wissen auf, wo sie konnte. Nach dem Krieg erhielt Dupont spottgünstigen Zugang zu deutschen Patenten von unschätzbarem Wert.

Schweizer Chemiker rekrutierte in Deutschland

Weil US-Chemiker die Dokumente kaum verstanden, schickte das Unternehmen den Schweizer Chemiker Eric Kunz 1920 nach Deutschland, um Wissenschaftler zu rekrutieren. Kunz war nach seinem Studium am Polytechnischen Institut in Zürich (heutige ETH) in den USA bei Dupont gelandet und sollte später Direktor des Givaudan-Konzerns werden. Gemäss Blake brachte er eine Handvoll deutscher Wissenschaftler dazu, in die Schweiz zu reisen, wo vier Chemiker lukrative Arbeitsverträge unterschrieben.

Mit vollen Kassen aus dem Krieg ging Dupont auf Expansionskurs und begann mit der Massenproduktion vor allem deutscher Erfindungen. Zudem erkaufte sich der Konzern die Mehrheit am aufstrebenden Auto-Hersteller General Motors (GM), um dessen einziger Lieferant für synthetische Farben und Plastik zu werden.

Pionierfirma des Autogeschäfts – und synthetischer Chemikalien

In den Jahren darauf entwickelten, patentierten, produzierten und verkauften GM und Dupont einen lukrativen Zusatz für Automotoren: Tetraethylblei. Der hochgiftige Stoff brachte das damals lästige Klopfen in Automotoren zum Verstummen und steigerte dazu noch Effizienz und Motorenstärke. Trotz dutzender Totter und hunderter Erkrankter in den Fabriken sah die US-Regierung von einer unabhängigen Untersuchung des Stoffs ab und verliess sich stattdessen auf Robert Kehoe, einen von GM bezahlten Toxikologen, der den Grundsatz verankerte, dass neue Stoffe für sicher gehalten werden sollen, bis das Gegenteil erwiesen ist. Erfindungen wie das bleihaltige Benzin machten GM zur reichsten US-Firma vor dem Zweiten Weltkrieg und bescherten auch Dupont saftige Gewinne. Einen Teil des Geldes investierte das Unternehmen in chemi-

sche Grundlagenforschung. Und so begann 1928 einer der dafür neu eingestellten Chemiker, Polymere genauer zu untersuchen. Wissenschaftler wussten da bereits länger, dass gewisse natürliche Materialien wie Seide, Holz und DNA aus Ketten kleiner Moleküle bestanden. Diese verbanden sich zu grossen Molekülen. In einigen Fällen waren Forschende bereits auf synthetische Polymere mit bemerkenswerten Eigenschaften gestossen. Sie konnten elektrischer Strahlung widerstehen und konnten beliebig in unzählige Objekte verformt werden: Schmuck, Spielzeug oder Maschinenteile. Sie nannten diese Stoffe Plastik. Ende der 1920er-Jahre kannten sie zwar ihre Eigenschaften, wussten aber noch nicht, wie sie hergestellt werden konnten.

Rücksichtslose Kriegsprofiteure

1934 machten ein Journalist und ein Historiker mit einem Buch publik, dass Dupont die Entscheidung der US-Regierung, in den Ersten Weltkrieg einzutreten, über Gebühr beeinflusst hatte. Um danach exorbitante Gewinne einzufahren, indem es sowohl die Alliierten als auch deren Gegner mit Munition ausrüstete.

Ein Untersuchungskomitee des Parlaments enthielt zudem eine bizarre Verschwörung. Eine auch durch Dupont und andere Unternehmen finanzierte Gruppe, welche den New Deal bekämpften, solle darauf abgezielt haben, die US-Regierung unter Präsident Roosevelt zu stürzen und eine Mussolini-artige Diktatur zu installieren. Innert weniger Tage wurde Dupont so zu einem Aussätzigen und das Parlament drohte, die Munitionsverträge zu kündigen.

Gegen Ende der 1930er-Jahre also, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, musste sich Dupont ein neues Image geben. Beraten vom PR-Strategen Bruce Barton sollte sich der Konzern wandeln. Vom Hersteller tödlicher Munition hin zur Quelle verblüffender Wunderwerke der Chemie, welche der gesamten Gesellschaft zugutekommen sollten. 1938 stellte die Firma der Welt deshalb mit einer grossen Kampagne Nylon vor.

In geheimer Mission – auch in eigener Sache

Und wenig später traten Vertreter der US-Regierung in geheimer Mission an Dupont heran. Aus Angst, dass die Nazis kurz vor der Entwicklung einer Atombombe sein könnten und alarmiert durch renommierte Wissenschaftler wie Albert Einstein, hatte die USA ein eigenes Programm zur Herstellung einer Atombombe gestartet – das sogenannte Manhattan-Projekt an der Columbia University in New York.

Um Uranium für eine Bombe anzureichern, mussten die Physiker den Stoff ins Gas Uranium Hexafluorid (Hex) umwandeln. Dabei sollte das Isotop Uranium-235 herausgefiltert werden. Dies gelang, doch zur Urananreicherung im grossen Stil brauchte das Team für Siegel und Dichtungen Materialien von bisher kaum bekannter Widerstandskraft. So kam Teflon ins Spiel und die US-Regierung beauftragte in einem ersten Schritt Dupont Anfang der 1940er-Jahre damit, den Stoff massenweise herzustellen. In einem zweiten Schritt galt es, eine eigene Klasse perfluorierter Kohlenwasserstoffe oder Perfluorcarbone (PFC) herzustellen – die späteren PFAS.

Dupont koordinierte die Arbeiten und die an unterschiedlichen Unis angestellten Wissenschaftler mussten dem Konzern regelmässig Bericht erstatten. Ende 1942 beauftragte die US-Regierung Dupont damit, drei Fabriken zur Herstellung der neuartigen Stoffe – die mittlerweile eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit waren – aufzubauen. Gleichzeitig durfte die Firma ebenfalls im Regierungsauftrag das für die Bombe ebenfalls benötigte Plutonium produzieren.

Dupont wollte nicht wiederholt als Kriegsprofiteur wahrgenommen werden und erledigte die Plutoniumproduktion ohne grosse Gewinne. Aber das Patent auf Teflon behielt die Firma, weil man wusste, dass es unabdingbar würde für zukünftige Anreicherungen.

Die Arbeiten an der massenhaften Urananreicherung fanden auf einem riesigen Areal mit 51 verbundenen Gebäuden und einem ausgeklügelten mechanischen Labyrinth an Leitungen, Filtern und Pumpen in Tennessee statt. Die Teflonproduktion ging zwar nicht schnell genug vor sich, aber dafür konnten andere PFC entwickelt werden, die einfacher in Massenproduktion gingen.

Doch deren Eigenschaften waren nicht vollständig bekannt und es bestand keine Zeit, um Risiken sorgfältig abzuwägen und Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Auf dem Dupont-Gelände auf der Insel Deepwater (New Jersey) waren Brände und Explosionen keine Seltenheit, Arbeiter mussten mit Atembeschwerden hospitalisiert werden. Die Angst vor Verletzungen führte zu Unruhen unter den Arbeitern und Dupont-Angestellte fürchteten sich davor, nach Deepwater versetzt zu werden.

Bereits 1943 beschwerten sich Obstbauern aus der Nachbarschaft, dass die Abgase der Fabrik ihre Pfirsichpflanzen beschädigten. Es gab Berichte von toten Kühen und Hühnern, verletzten Pferden und von Arbeitern, die sich nach dem Verzehr des Obstes nächtelang übergeben mussten.

Der Leiter des Manhattan-Projekts beauftragte eine Gruppe Forscher damit, die Gesundheitsrisiken der Stoffe zu untersuchen. James Conant, ein Chemiker und damaliger Präsident der Universität Harvard, analysierte die wenigen bereits vorhandenen Studien und warnte seine Kollegen vor der *<ausserordentlichen>* Giftigkeit gewisser PFCs.

Doch Dupont weigerte sich, Ärzten des Manhattan-Projekts eine Teflon-Probe zur Analyse auszuhändigen. In einem internen Schreiben des Projekts vom März 1944 wurde dafür folgende Begründung angegeben:

«Dupont ist einer Herausgabe von Proben ihres eigenen kommerziell produzierten Materials abgeneigt, da bisher zahlreiche identifizierte Komponenten vielversprechend sind für die kommerzielle Nutzung».

Erfolgreich gegen griffige PFAS-Regulation

Ein Teil dieser Versprechen wurde fünf Jahre nach Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima eingelöst. Chefs des Konzerns 3M (Minnesota Mining and Manufacturing Company) hatten das Potenzial der PFCs ebenfalls erkannt und kurz nach Kriegsende zahlreiche Patente für die PFC-Herstellung gekauft und Manhattan-Projekt-Chemiker engagiert. Das Unternehmen war bestrebt, die neuartigen Stoffe in Massenprodukte umzuwandeln. Die Forscher tüftelten an neuen Zusammensetzungen und entwickelten fast täglich neue Kunststoffe, darunter PFOA.

1950 kontaktierten Dupont-Vertreter 3M, weil Teflon sich immer noch nicht in ein Massenprodukt umwandeln ließ. Die 3M-Chemiker schlugen vor, Teflon mit PFOA zu mischen. Und tatsächlich: Gemischt mit PFOA ließ sich Teflon leichter verformen und eignete sich so für Beschichtungen. Noch im selben Jahr nahm Dupont die Teflon-Massenproduktion in der neuen Fabrik in Parkersburg im Bundesstaat West Virginia auf.

Die chemischen Innovationen befeuerten den Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit. Die Hersteller zahlreicher Güter waren nun nicht mehr ausschließlich auf beschränkt verfügbare natürliche Ressourcen angewiesen. Die neuen synthetischen Stoffe ermöglichten bald die massenhafte Herstellung einer grossen Bandbreite vergleichsweise kostengünstiger Produkte. Besonders bekannt wurden die Stoffbeschichtung Scotchgard von 3M, die Tefal-Pfannen oder Gore-Tex.

Gegen Ende der 1950er-Jahre hatten sich die neuen Stoffe aber auch als gefährlich erwiesen. Die US-Industrie stemmte sich deshalb mit einer aufwändigen PR-Kampagne der Firma Hill & Knowlton gegen die drohende Regulierung der Materialien. Die Bemühungen waren erfolgreich. Zwar verlangte das US-Parlament 1958, dass Chemikalien, die im Essen landen konnten – und zwar inklusive solche aus Verpackungen oder Küchenutensilien – vor dem Verkauf getestet werden mussten. Doch alle zu diesem Zeitpunkt bereits im Umlauf befindlichen Stoffe wurden von Tests ausgenommen.

Die breite US-Öffentlichkeit erfuhr erstmals 1962 durch Rachel Carsons Buch *Der stumme Frühling* von den Risiken der PFAS für Mensch und Umwelt. Die Aufmerksamkeit des Bestsellers führte in einem ersten Schritt zur Gründung der US-Bundesbehörde Environmental Protection Agency (EPA). In einem zweiten Schritt verschärfte das Parlament, nach verschiedenen durch Chemie-Fabriken verursachten Umweltkatastrophen in den 1970er-Jahren, die Regulierung leicht.

Noch heute: Risiken grossteils unbekannt

Doch auch diesmal wurden bereits existierende Stoffe vor kritischer Prüfung geschützt. Deshalb, so schreibt Blake im Buch, wurde die Mehrzahl der heute über 80'000 in den USA im Umlauf befindlichen chemischen Stoffe bis heute nicht ernsthaft bezüglich Sicherheitsrisiken getestet.

Wie gefährlich die Stoffe sind, war in den Betrieben seit Mitte des letzten Jahrhunderts bekannt. Noch in den Achtzigerjahren brachten Frauen, die täglich mit Teflon arbeiteten, Kinder mit gravierenden Missbildungen zur Welt.

Unbestritten ist die Gefährlichkeit einzelner Stoffe jedoch erst seit wenigen Jahren und dem Skandal rund um die Dupont-Fabrik in Parkersburg. Davon erzählte etwa 2018 der Dokumentarfilm *The Devil We Know*. Im Jahr darauf machte der Kinofilm *Dark Waters* (dt. Titel: *vergiftete Wahrheit*) die Geschichte des Anwalts, welcher Duponts dunkles Teflon-Geheimnis aufdeckte, weltweit bekannt.

In ganzer Länge auf Youtube: der sehenswerte Dokumentarfilm *The Devil We Know* (2018)

Heute stehen sogar in den USA die Zeichen gut, dass PFAS stärker reguliert werden. Zudem geraten die Chemie-Multis durch zahlreiche Prozesse unter erhöhten Druck. Erst letztes Jahr musste sich Dupont gegenüber dem Bundesstaat New Jersey dazu verpflichten, über zwei Milliarden Dollar aufzuwenden, um vier verschmutzte Areale zu sanieren.

Schweiz rüstet sich gegen Russia Today: Bern erklärt abweichende Medien zur Gefahr

rtde.online, 12 Jan. 2026

Die Schweiz erklärt den digitalen Raum zur Front der Informationssicherheit. Regierung und Leitmedien wie SRF setzen auf Abwehr gegen freie Meinungsäußerung und nicht abgestimmte Inhalte. Offiziell geht es um den Schutz vor Propaganda, faktisch um Zensur, Meinungskontrolle und die Sicherung des SRF-Monopols. Bern fürchtet die Folgen eines Siegs der SRG-Initiative.

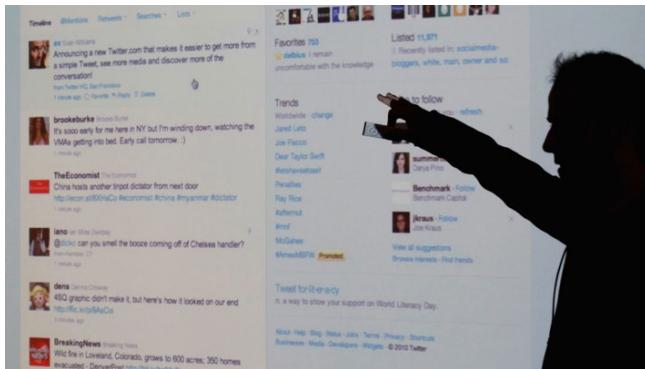


Quelle: Legion-media.ru © Agencja Fotograficzna Caro

Die Schweiz soll künftig vor allem regierungskonforme Medien konsumieren. Kritische Stimmen sollen unterbunden werden.

Die Schweizer Bevölkerung soll laut aktuellen Vorschlägen künftig vorrangig regierungsfreundliche Medien wie *SRF* oder *20 Minuten* konsumieren. Kritische Plattformen wie *Russia Today* oder soziale Netzwerke wie *Telegram* und *X* sollen eingeschränkt oder verboten werden.

Im Zentrum der Debatte beim Verband Schweizer Medien stand die SRG-Initiative, die sowohl die Regierung in Bern als auch von ihr finanzierte Medienhäuser beschäftigt.



Schweiz: Ständerat will anonyme Onlinekommentare verbieten

Umfragen zeigen ein wachsendes Misstrauen der Schweizer Bevölkerung gegenüber Staatsmedien wie dem *SRF*, während insbesondere junge Menschen vermehrt unabhängige Medien und soziale Netzwerke wie *Telegram*, *TikTok* oder *X* konsumieren, die von der Regierung nicht kontrolliert werden.

Dies verstärkt die Sorge über staatliche Einflussnahme und die Kontrolle der öffentlichen Meinung. Der Bundesrat errichtet unter dem Vorwand der Desinformationsbekämpfung eine neue Instanz für Wahrheit. Als ‹Schutz der Demokratie› verkauft, bedeutet sie faktisch einen gefährlichen Machtanspruch über Denken, Bildung und öffentliche Meinungsbildung.

Ausgerechnet ein Staat, der selbst das Vertrauen seiner Bürger verspielt hat, beansprucht nun die Deutungshoheit und entfernt sich damit schrittweise von seinem freiheitlichen Fundament.

Verteidigungsminister Martin Pfister sieht die Schweiz im Fokus ausländischer Einflusskampagnen, die gesellschaftliche Spannungen verschärfen und Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben sollen.

Er sprach von politisch motivierter Beeinflussung, die darauf ausgelegt sei, die Gesellschaft zu spalten. Eine solche Fragmentierung schwäche die Fähigkeit des Landes, auf Krisen wie Crans-Montana oder andere sicherheitspolitische Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Besonders in offenen Demokratien entstehe so ein strategisches Dilemma: Der Staat könne nicht mit Zensur oder eigener Propaganda reagieren, ohne seine Grundwerte zu beschädigen.

Pfister nannte als problematische Akteure unter anderem russische Medien wie *Russia Today* sowie digitale Plattformen wie *X* oder *Telegram*.

Im vergangenen Frühjahr sei ein aus dem Zusammenhang gerissenes Video aus Genf über die sozialen Netzwerke verbreitet worden, das den Eindruck eines chaotischen, politisch destabilisierten Landes erwecken sollte.

Innerhalb kurzer Zeit erreichte das Material Millionen von Nutzern auf Plattformen wie *TikTok* und *X*. Es fügte sich in das Narrativ ein, dass angebliche Desinformation stets aus Moskau stamme, so Pfister.

In der Realität reagiert Pfister bereits voreingenommen: Alles, was mit SRF oder dem *Tages-Anzeiger* abgesprochen ist, gilt als Wahrheit; alles andere von *Russia Today* bis *Telegram* wird sofort als Propaganda abgestempelt.

Gleichzeitig produziert er selbst Propaganda, indem er vorgibt, was die Bevölkerung überhaupt lesen darf. Die Schweiz gilt im internationalen Vergleich als relativ widerstandsfähig, dank eines stabilen Mediensystems, eines starken öffentlich-rechtlichen Rundfunks, qualitativ anspruchsvoller privater Medien und einer dichten sozialen Vernetzung, die die Herkunft von Informationen transparent macht.

Am Ende herrschte bei der Tagung Einigkeit in einem Punkt: Der wirksamste Schutz gegen Propaganda und gezielte Irreführung liegt nicht in staatlicher Kontrolle, sondern in freien, glaubwürdigen Medien und einer kritischen Öffentlichkeit.

Fake News auch aus der Schweiz und Deutschland: Staatssender verzerrten Trumps Kapitol-Rede

Nicht nur die *BBC* geriet wegen der verfälschten Darstellung von Trumps Rede am 6. Januar 2021 unter massiven Druck.

Auch Schweizer und deutsche öffentlich-rechtliche Sender griffen zu ähnlich fragwürdigen Schnitt- und Montage-Techniken.

Doch darüber möchte Pfister lieber nicht sprechen, denn solche «Fake News: Made in Switzerland» würden nicht in seine Rede passen.

Kritiker sehen das anders. Bezahlt werden die Sender von den Bürgern trotzdem jedes Jahr – unabhängig davon, ob zentrale Aussagen korrekt wiedergegeben oder einfach weggelassen werden.

Quelle: <https://rtde.online/schweiz/266946-schweiz-ruestet-sich-gegen-russia/>

Quelle: <https://uncutnews.ch/schweiz-ruestet-sich-gegen-russia-today-bern-erklaert-abweichende-medien-zur-gefahr/>

Doug Casey über den Tod der Privatsphäre ... und was als Nächstes kommt

Doug Casey, Januar 12, 2016

International Man: In praktisch jedem Land werden die zulässigen Höchstgrenzen für Bargeldabhebungen und -transaktionen immer weiter gesenkt. Darüber hinaus senkt die grassierende Geldentwertung den realen Wert dieser lächerlichen Limits weiter.

Warum sind Regierungen so entschlossen, Bargeld schrittweise abzuschaffen? Was steckt wirklich hinter diesem koordinierten Vorgehen?

Doug Casey: Lassen Sie mich Ihre Aufmerksamkeit auf drei Wahrheiten lenken, die mein Freund Nick Giambruno über Geld auf Bankkonten aufgezeigt hat.

1. Das Geld gehört Ihnen nicht wirklich. Wenn die Bank pleitegeht, sind Sie nur ein ungesicherter Gläubiger.

2. Das Geld ist tatsächlich gar nicht da. Es wurde an Kreditnehmer verliehen, die illiquide oder insolvent sind.

3. Das Geld ist eigentlich kein Geld. Es ist aus dem Nichts geschaffener Kredit.

Der Punkt ist: Bargeld ist Freiheit. Und wenn der Staat den Nutzen von Bargeld – physischen Dollars, die keine elektronische Spur hinterlassen – einschränkt, dann schränkt er Ihre persönliche Handlungsfreiheit ein und untergräbt Ihre Privatsphäre. Regierungen sind naturgemäß gegen persönliche Freiheit und persönliche Privatsphäre, weil diese ihre Kontrolle begrenzen – und Regierungen drehen sich ganz um Kontrolle.

International Man: Regierungen werden wahrscheinlich digitale Zentralbankwährungen (CBDCs) als «Lösung» vorschreiben, wenn die nächste echte oder inszenierte Krise eintritt – was vermutlich nicht mehr lange dauern wird.

Wie sehen Sie das? Welche Folgen hat das für die finanzielle Privatsphäre?

Doug Casey: CBDCs werden als Lösung vorgeschlagen, sind in Wahrheit aber ein gigantisches Problem.

Der Staat ist nicht Ihr Freund, und CBDCs sind keine Lösung.

Wenn CBDCs erfolgreich eingeführt werden, bedeutet das, dass alles, was Sie kaufen oder verkaufen, und jedes Einkommen, das Sie erzielen, über CBDCs läuft. Sie werden keinerlei wirksame Privatsphäre mehr haben. Die Behörden werden automatisch wissen, was Sie besitzen, und sie werden in der Lage sein, Ihre Vermögenswerte zu kontrollieren. Sofort.

Sie werden in der Lage sein, begünstigten Personen CBDCs auf deren Konten gutzuschreiben und bei jenen, die ihnen nicht genehm sind, Beträge abzuziehen oder den Zugang zu blockieren. Digitale Dollars werden leicht umzusetzen sein, da jeder bereits einen staatlichen Ausweis und eine Sozialversicherungsnummer hat. Jeder hat ein Smartphone. Bald wird auch jeder ein CBDC-Konto haben. Wenn Ihnen eines dieser Dinge fehlt, wird das mit Sicherheit Ihre kommende Sozialkredit-Bewertung verschlechtern.

Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass digitale Zentralbankwährungen und digitale «Gesundheitspässe» möglicherweise die gefährlichsten Bedrohungen für die Freiheit und Unabhängigkeit des durchschnittlichen

Menschen in der modernen Geschichte sind. Sie werden es dem Staat ermöglichen, leicht zu kontrollieren, wohin Sie gehen können, was Sie tun dürfen und was Sie besitzen. Beides sind sehr grosse Themen – und sie werden zum alltäglichen Bestandteil des Lebens werden.

In der heutigen Welt wird es zunehmend gefährlich, Dinge zu sagen, die dem widersprechen, was als politisch korrekt gilt. Wenn man etwas nicht sagen darf, ist es viel schwieriger, etwas zu tun. Und Indoctrination durch Bildung und Medien macht es schwer, überhaupt noch zu denken. Wir werden bald in einer Gesellschaft leben, in der man weder denken, noch sagen, noch tun kann, was nicht politisch korrekt ist. Wieder einmal wird das Problem als Lösung verkauft.

Es ist sehr ähnlich zu dem, was während der großen COVID-Hysterie geschah, die aus medizinischer Sicht ein relativ geringes Problem war. Die staatliche «Lösung» waren Massenlockdowns und Massenimpfungen. Die Lösungen waren weitaus schlimmer als das Problem.

In jedem Fall stirbt die Meinungsfreiheit durch Cancel Culture, Triggerwarnungen, Safe Spaces und Strafen für sogenannte Hassrede. Meinungsfreiheit sollte absolut sein – einschließlich sogenannter Hassrede.

Ich möchte noch einmal betonen, dass «Hassrede» zwar typischerweise unhöflich, unangenehm und scharf ist, aber vielleicht paradoxerweise etwas Gutes darstellt. Warum? Weil sie erkennen lässt, was im Kopf der Person vorgeht, die sie äussert. Und ich möchte sehr viel lieber wissen, was jemand denkt und wozu jemand wahrscheinlich fähig ist, als einen dichten Deckel auf sogenannte Hassrede zu legen. Ich ziehe es vor zu wissen, mit wem ich es zu tun habe und was diese Person denkt und fühlt.

International Man: Es geht nicht nur um finanzielle Privatsphäre, sondern um Privatsphäre insgesamt, die begraben wird. Mobiltelefone, sogenannte «smarte» Haushaltsgeräte, Elektrofahrzeuge, soziale Medien und andere elektronische Geräte schaffen ein allumfassendes Überwachungssystem, in das sich die meisten Menschen freiwillig einklinken.

Was passiert hier wirklich?

Doug Casey: Es wurde gesagt, dass Kunst das Leben imitiert, aber auch das Leben die Kunst imitiert. Besonders wenn wir auf George Orwells berühmten Roman 1984 blicken. In dem Buch überwachte Big Brother mit allgegenwärtigen Bildschirmen das Verhalten der Plebs. Heute haben wir Hunderte Millionen Kameras auf der ganzen Welt – ganz zu schweigen von Milliarden weiterer in Smartphones. Universelle Überwachung sorgt für sehr düstere Zeiten.

Kürzlich sagte Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum, alles werde «transparent» sein – ein Euphemismus für dunklere Dinge. Aber keine Sorge: Man habe nichts zu befürchten, sagte er, wenn man nichts falsch mache. Das ist lächerlich. Genau das haben auch die Stasi, der KGB und die Gestapo gesagt.

Ich frage mich, ob Schwab bereit wäre, eine Kamera in seinem Badezimmer und Schlafzimmer zu dulden, wenn er sein Schliessfach besucht oder private Gespräche mit Freunden – oder Mitverschwörern – führt. Natürlich nicht. Transparenz gilt nur für die potenziell gefährlichen Plebs, die möglicherweise nicht die Ansichten ihrer Bessergestellten teilen.

Einer der Unterschiede zwischen einer zivilisierten Gesellschaft und einer primitiven, barbarischen Gesellschaft ist Privatsphäre. In primitiven Gesellschaften existiert Privatsphäre nicht. Man hat papierdünne Wände in der Hütte. Jeder sieht alles, was man tut, und jeden, mit dem man spricht.

Eines der schönen Dinge an Zivilisation ist, dass man sich von anderen Menschen zurückziehen und verhindern kann, dass sie einen beobachten. Privatsphäre ist eines der zentralen Elemente der Zivilisation selbst. Die Abschaffung von Privatsphäre – ob persönlich oder finanziell – ist nicht nur ein Angriff auf den Einzelnen, sondern zerstört die Zivilisation selbst. Schwabs «Transparenz» ist ein Rückschritt in Richtung Barbarei.

International Man: Es scheint, als sei Privatsphäre für die meisten Menschen tot.

Wenn das so ist, was kommt als Nächstes? Wohin entwickelt sich dieser Trend?

Doug Casey: Das erste Mal, dass mir das auf persönlicher Ebene bewusst wurde, war auf einer Polizeiwache in Washington, D.C., wo ich eine Geldstrafe wegen eines Verkehrsverstosses bezahlte. Ich kam mit dem Polizisten hinter dem Computerbildschirm ins Gespräch. Das war vor langer Zeit, Ende der 1970er-Jahre.

Und während wir redeten, sagte er freundlich: «Sehen Sie, Sie haben keine Ahnung, wie viele Informationen wir über Sie haben – aber es ist eine Menge.»

Er wollte mich nicht einschüchtern; er stellte einfach eine Tatsache fest. Und das war vor langer Zeit.

Vor etwa 25 Jahren machte Larry Ellison, der Chef der Oracle Corporation, eine schockierende Aussage sinngemäß: «Privatsphäre existiert nicht, vergessen Sie sie.» Damals dachte ich, es klang so, als würde Ellison das gutheissen, aber heute glaube ich das nicht mehr. Er stellte einfach eine Realität fest.

Arnold Schwarzenegger machte während der COVID-Hysterie eine Werbung. Er sagte: «Zur Hölle mit eurer Freiheit», und ermutigte die Menschen, nicht mehr gegen die Impfungen zu protestieren.

Kinder sagen heute nicht mehr: «Hey, wir leben in einem freien Land», wenn jemand etwas sagt oder tut, was einem anderen nicht gefällt.

Die Menschen wurden darauf programmiert, Privatsphäre nicht ernst zu nehmen. Schlimmer noch: Sie stehen ihr inzwischen misstrauisch gegenüber und akzeptieren passiv die Tatsache, dass sie nicht existiert.

Mit Chinas Sozialkreditsystem wird alles, was man tut, überall wohin man geht und sogar alles, was man sagt, aufgezeichnet und gemeldet. Wir werden unsere eigene Version davon bekommen. Man wird belohnt oder bestraft – je nachdem, was die herrschende Elite für gut oder schlecht hält.

Die Frage lautet also: Wann – wenn überhaupt – wird sich dieser Trend umkehren? Nun, ich bin mir nicht sicher, ob es überhaupt noch eine Frage des «Wann» ist. Es ist eher eine Frage des «Ob» – zumindest innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens. Der Trend ist nicht nur in Bewegung, sondern beschleunigt sich. Ein Mangel an Privatsphäre bedeutet einen Mangel an Freiheit. Und ein Mangel an Freiheit ist das, was einen Leibeigenen kennzeichnet – auch wenn man heute ein Leibeigener mit hohem Lebensstandard ist.

International Man: Wie kann der Durchschnittsbürger seine Privatsphäre schützen und seine Aussetzung gegenüber staatlicher und unternehmerischer Überwachung begrenzen?

Doug Casey: Beschränken Sie es, Ihre persönlichen Gedanken und Handlungen auf Facebook, LinkedIn und ähnlichen sozialen Medien zu verbreiten. Alles ist für jeden zugänglich und macht es dem Staat sehr viel leichter, Sie zu kontrollieren.

In meinem Fall habe ich einen Teil meines Lebensunterhalts damit verdient, genau das Gegenteil von dem zu tun, was man eigentlich tun sollte. Ich verstehe, dass das ein Widerspruch ist. Es ist der Weg, den ich gewählt habe. Aber aus Sicht der persönlichen Freiheit ist es kein kluger Weg. Ungern sage ich das, aber ich würde anderen raten, ihn nicht zu wählen. Es kommt dem gleich, sich selbst eine Zielscheibe auf den Rücken zu malen.

Wenn Sie derzeit Ihre persönliche Freiheit maximieren wollen, sollten Sie in Erwägung ziehen, in einem Land zu leben, dessen Staatsbürger Sie nicht sind. Denn Regierungen betrachten Bürger als ihre Untertanen, ihre Vermögenswerte, ihr Eigentum. Wenn Sie jedoch als ausländischer Staatsbürger in einem fremden Land leben, betrachtet Sie die lokale Regierung eher als Nicht-Bedrohung, fast als Nicht-Person. Traurig, aber wahr: In der heutigen Welt ist man aus Sicht der persönlichen Freiheit besser dran, nicht im eigenen Land zu leben. Das gilt ganz sicher für die USA und Kanada.

Aus finanzieller Sicht ist es sehr wichtig, dass Sie physisches Gold und Silber besitzen und halten – physisch in Ihrem eigenen Besitz, nicht elektronisch. Papier- oder elektronische Konten sind in Ordnung zum Spekulieren. Aber Sie sollten einen beträchtlichen Bestand an physischen Metallen zur Sicherheit haben. Außerdem werden sie irgendwann wieder zu alltäglichem Geld werden.

Schliesslich: Legen Sie eine Schutzschicht zwischen sich und die Bösewichte. Scheuen Sie sich nicht, Unternehmen und Trusts in den richtigen Rechtsordnungen zu nutzen. Errichten Sie Barrieren, um es den Bösewichten schwerer zu machen herauszufinden, wem etwas gehört und wo diese Person sich wirklich aufhält.

Anmerkung der Redaktion: Das politische und wirtschaftliche Klima verändert sich ständig – und nicht immer zum Besseren. Die Vorteile politischer Diversifikation durch einen zweiten Pass zu erlangen, ist entscheidend, um nicht Opfer einer verzweifelten Regierung zu werden.

Deshalb haben Doug Casey und sein Team gerade einen neuen kostenlosen Bericht veröffentlicht: **«Der einfachste Weg zu einem zweiten Pass»**. Er enthält alle Details über eines der einfachsten Länder, um einen zweiten Pass zu erhalten. Klicken Sie hier, um ihn jetzt herunterzuladen.

Quelle: Doug Casey on the Death of Privacy... and What Comes Next

Quelle: <https://uncutnews.ch/doug-casey-ueber-den-tod-der-privatsphaere-und-was-als-naechstes-kommt-2/>

Adolf Trump Der US-Führer greift nach Grönland

Autor: Uli Gellermann/Datum: 05.01.2026

Wir alle wissen, dass die USA ein Volk ohne Raum sind. Und wenn der Führer der USA, Adolf Donald Trump, sagt: «Wir brauchen Grönland!», dann weiss er, was für sein Volk gut ist. Und wenn dann diese dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen sagt: «Die Vereinigten Staaten haben kein Recht, eines der drei Länder des Dänischen Reiches zu annexieren», dann kapiert sie einfach nicht, dass es um das Recht des Stärkeren geht. Denn genau dieses Recht liegt bei Adolf Trump. Sie kann mal den venezolanischen Staatschef fragen, der kann ihr Genaueres von Trumps Stärke erzählen.

Mitglied in der NATO

Total albern wird die Frau, wenn sie sich auf Dänemarks und Grönlands Mitgliedschaft in der NATO beruft. Was will die verwirrte Dame? Will sie die NATO gegen die USA führen? Soll der Zwerg den Riesen anpinkeln? Sie sollte sich lieber ein Beispiel an der Art nehmen, wie die USA mit ihrer Urbevölkerung umgegangen ist: Dann hätte sie keine Probleme mehr mit ihren Inuit. Dann gäbe es die gar nicht mehr.

US-Generalgouverneur in Deutschland

Der US-Generalgouverneur in Deutschland, Friedrich Merz, hat zu Grönland noch nichts gesagt, aber der Weg ist mit seiner Haltung zur Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro vorgezeichnet: Die

Aktion sei einfach «komplex». Ob er meint, dieser Maduro hätte Komplexe? Wahrscheinlich musste der Mann nur zur psychiatrischen Behandlung nach New York.

Ganzkörper-Zwangsjacken

Wahrscheinlich muss auch Frau Frederiksen einfach nur in Behandlung: Ein paar Tage in New York, und es wird ihr besser gehen. Migranten in den USA kennen die probaten Methoden zur Minderung der psychischen Defekte: Bereits gefesselte Menschen werden in den USA zusätzlich in Ganzkörper-Zwangsjacken gesteckt. Wer danach immer noch an dem Komplex leidet, die USA seien das Land «of the free», der wird Doktor Trump persönlich kennenlernen.

Schaden von unserem Land abwenden

Noch immer ist Deutschland Mitglied in der NATO, der Zwangsgemeinschaft, deren Insassen unter der Führung der USA schon Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan geführt haben. Es ist an der Zeit, aus diesem gemeingefährlichen Bündnis auszusteigen. Deutschland muss neutral werden, um Schaden von unserem Land abzuwenden.

ZUR ZEIT WIRD NICOLAS MADURO WIE EINE KRIEGSTROPHÄE DURCH DIE STRASSEN VON NEW YORK GEFAHREN. EINE FANATISERTE MENGE APPLAUDIERT DIESER UNMENSCHLICHKEIT.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/adolf-trump>

DER VERLEGER HAT DAS WORT
«Geisteskrank»

Angesichts der die Schweiz vernichtenden EU-Verträge schrieb ich einst, «nur ein Geisteskranker» könne solche Verträge unterschreiben. Daraufhin schrieb mir der Präsident einer Ostschweizer Vereinigung «Angehöriger und Vertrauter von Menschen mit psychischen Erkrankungen», ich hätte damit einen Begriff verwendet, der heute als überholt, despektierlich und diskriminierend betrachtet würde.

Für mich bedeutete bis dahin das Wort «geisteskrank» einfach der Überbegriff für psychische Störungen. Ich habe die Bezeichnung in meiner Kolumne nicht im medizinisch-psychiatrischen Sinn verwendet, sondern umgangssprachlich. Und in der Umgangssprache wird der Begriff auch für unvernünftiges, irrationales und unsinniges Verhalten verwendet. Genauso war es gemeint, denn ich halte die vorgesehene Anbindung an die EU tatsächlich für unvernünftig, irrational und unsinnig.

Trotzdem: Man sollte den Begriff «geisteskrank» so nicht gebrauchen, wie ich es tat. Denn es trifft Menschen, die man nicht treffen will.



Falls ich dies getan haben sollte, tut es mir leid.

Der Kritiker meiner Wortwahl bat mich, das Thema in einer Kolumne zu behandeln, was ich hiermit getan habe. Jetzt hoffe ich einfach auf genügend mündige, intelligente Bürgerinnen und Bürger, welche die EU-Unterwerfungsverträge an der Urne ablehnen. Von den meisten Politikern ist diesbezüglich leider nichts zu erwarten. Es geht 2027 oder 2028 nicht um mich und auch nicht um meine Partei. Es geht um die Schweiz.

E gfreuti Wuche.
Christoph Blocher

Quelle: https://www.blocher.ch/wp-content/uploads/Kolumne_KW03_2026_tw.pdf

Sahra Wagenknecht am 7. Januar 2026

Friedrich #Merz will Bundeswehr-Soldaten zur «Friedenssicherung» in der #Ukraine entsenden. Das verkündete der Kanzler bei einem Treffen in Paris, bei dem sich die «Koalition der Willigen» auf «robuste Sicherheitsgarantien» für die Ukraine im Fall eines Waffenstillstands geeinigt hat. Erstmals stellte Merz auch einen möglichen Einsatz der #Bundeswehr auf ukrainischem Territorium in Aussicht. Hat der Mann sie noch alle?! Mal ganz abgesehen davon, dass es illusorisch ist, zu glauben, #Russland würde der Beendigung des Kriegs, der massgeblich aus Angst vor Stationierung von NATO-Soldaten in der Ukraine begonnen wurde, unter diesen Bedingungen zustimmen: Die Entsendung deutscher Soldaten in die Ukraine wäre absolut verantwortungslos und brandgefährlich! Schliesslich wären wir dann, sollte der Konflikt aus welchen Gründen auch immer wieder auflammen, direkt im Krieg mit Russland. Ein solches Himmelfahrtskommando muss unbedingt verhindert werden!



6:46 nachm. · 7. Jan. 2026

Quelle: <https://x.com/SWagenknecht/status/2008958341821640733>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!

 Overpopulation Awareness Group +

George Kwong
Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.
No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarf auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Liniengrundriss und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbols, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrtausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der <eigenen> Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die <Botschaften> der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsiv zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoctrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

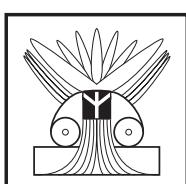


Das existierende und weltweit kursierende falsche ‹Friedenssymbol› mit der Todesrune, das wahrheitlich einem ‹Todessymbol› und ‹Hasssymbol› entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche ‹Friedenssymbol› – das keltische ‹Todesrunesymbol› – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol ‹Tod, Todesexistenz›, auf dem die Todesrune fußt – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen ‹Todessymbols› mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich umschreibt, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbols umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol spricht auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand beschreibt, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebensspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

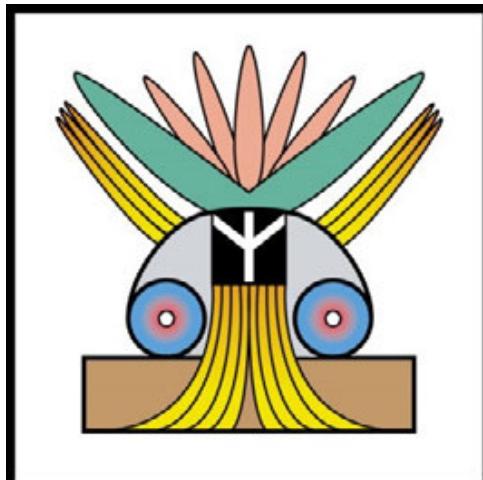
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehr-Symbol (Frieden)

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

AMANI BARIŞ PAQE PACE МИР PAIX PAZ		EIPHNEH VREDE 平和 שָׁרֶם শান্তি سلام صلح
---	--	--

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlich

Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



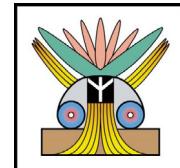
© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz